



Ausschuss für Europa und Internationales

19. Sitzung (öffentlich)

23. Februar 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:05 Uhr bis 12:22 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Gespräch mit Seiner Exzellenz, dem Botschafter des Königreichs Belgiens in der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Geert Leo G. Muylle, und dem Botschaftsrat der Botschaft des Königreichs Belgiens in der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Karel Van Hecke (Präsentation s. Anlage 1)	6
2	Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden Freies Russland NRW e. V., Düsseldorf, zur aktuellen Situation in Russland (Präsentation s. Anlage 2)	17
3	Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich: mehr Substanz, weniger Marketing!	31
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 18/4589 Ausschussprotokoll 18/412 (Anhörung am 10.11.2023)	

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von FDP und AfD ab.

4 Freiheit und Menschenrechte weltweit: NRW-Förderung für verfolgte, internationale Studierende **32**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5424

Ausschussprotokoll 18/458 (Anhörung am 12.01.2024)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

5 Wohlstand mit Anstand – Faire Lieferketten und nachhaltige öffentliche Beschaffung auch in NRW **35**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/7750

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, am 14. Juni 2024 von 10:00 Uhr bis 12:30 Uhr eine Anhörung durchzuführen.

6 Bericht über den Ausschuss der Regionen 36

In Verbindung mit:

Ausschuss der Regionen (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2286

– Wortbeiträge

7 Folgen der EU-UK-Vereinbarung zu Horizont Europa für Nordrhein-Westfalen (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 4]*) **37**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2281

– Wortbeiträge

8 Bewertung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission für das Jahr 2024 im Lichte der Europapolitischen Prioritäten der Landesregierung (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **38**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2290

– Wortbeiträge

9 Europaministerkonferenz am 13./14. März 2024 (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*) **39**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2293

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/2293 zur Kenntnis.

10 10. Gipfeltreffen der Regionen und Städte in Mons, 18./19. März 2024
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]) **40**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2287

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/2287 zur Kenntnis.

11 Rolle der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in den zukünftigen entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])* **41**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2294

– Wortbeiträge

12 Verschiedenes **42**

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

begrüßt **Vorsitzender Stefan Engstfeld** Seine Exzellenz Herrn Geert Leo. G. Muylle, Botschafter des Königreichs Belgien, Botschaftsrat Van Hecke und den Honorarkonsul in Nordrhein-Westfalen, Herrn Dr. Droste, sowie Staatsekretär Dr. Speich – der Minister komme etwas später – sowie die Ausschussmitglieder und die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung und der Presse.

Zu Tagesordnungspunkt 2 begrüße er Herrn Yuri Nikitin von Freies Russland Nordrhein-Westfalen. Er werde heute über die aktuelle Situation in Russland berichten.

Neues ordentliches Mitglied im Ausschuss für Europa und Internationales sei Herr Serdar Yüksel, der für Frau Bongers nachgerückt sei, die den Ausschuss verlassen habe. Er heiße ihn herzlich willkommen im Ausschuss.

(Beifall)

Er heiße auch die neue Referentin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen herzlich willkommen.

Da ein gewisses mediales Interesse angesichts der Lage in Russland bestehe, werde er die Sitzung zwischen TOP 1 und TOP 2 kurz unterbrechen, damit dann gefilmt oder Fotos gemacht werden könnten.

1 Gespräch mit Seiner Exzellenz, dem Botschafter des Königreichs Belgiens in der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Geert Leo G. Muylle, und dem Botschaftsrat der Botschaft des Königreichs Belgiens in der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Karel Van Hecke (Präsentation s. Anlage 1)

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ich habe Sie schon begrüßt. Ich freue mich wirklich außerordentlich, Herr Botschafter, Herr Honorarkonsul, Herr Botschaftsrat, dass Sie heute bei uns im Ausschuss sind. Es ist bei uns Tradition, dass der Ausschuss während einer EU-Ratspräsidentschaft Vertreterinnen und Vertreter des jeweiligen Landes einlädt. Ich freue mich sehr, dass die dann immer kommen, wie Sie auch.

Ich würde als Einleitung gerne noch einmal sagen: Wir hier im Ausschuss, Herr Botschafter, haben gerade eine gewisse belgische Woche, während Sie im Gegenzug netterweise eine nordrhein-westfälische Woche haben, weil Sie ja schon seit Montag im Land unterwegs sind. Wir waren mit einer Delegation des Ausschusses am Dienstag ganztägig in Brüssel und haben dort das Flämische Parlament besucht. Das war ein Gegenbesuch, weil uns der Ausschuss für Außenpolitik, Europäische Angelegenheiten, Internationale Zusammenarbeit, Tourismus und Kulturerbe letztes Jahr hier im Landtag besucht hat. Wir hatten mit denen eine gemeinsame Sitzung. Das war der Gegenbesuch, für uns natürlich sehr spannend, gerade zu Zeiten der Belgischen Ratspräsidentschaft, aber auch thematisch.

Wir haben auch die Möglichkeit gehabt, den Ministerpräsidenten, Herrn Jambon, zu treffen, der zu uns gesprochen hat. Wir wurden begleitet von der Vertretung Flanderns in Deutschland, Herrn Van der Marliere. Wir haben uns am Vormittag sehr intensiv mit Kompetenzen des Flämischen Parlaments und dieses Ausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten beschäftigt, die ja nun mal anders sind als bei uns. Wir erinnern uns alle noch zum Beispiel an das Nein der Wallonen zum Handelsvertrag mit Kanada, mit CETA. Wir haben uns gefragt: Wie geht das, dass man so abstimmen kann?

Wir haben alles gelernt über § 51 des Lissabon-Vertrags. Wir können auch Regionen und Gemeinschaften auseinanderhalten. Wir haben uns damit also intensiv beschäftigt. Nachmittags hatten wir dann eine zweistündige gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss mit den Themen in aller Kürze: ZARA-Häfen, Belgien als Energie-Hub – auch noch mal großen Dank für die Unterstützung Belgiens für die Gaslieferungen, die wir bekommen haben, die uns in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland sehr geholfen haben, die Energieknappheit so zu bewältigen, wie wir sie bewältigt haben. Wir haben geredet zum Thema „Einstein-Teleskop“, wir haben geredet zum Thema „Energimix“ und darüber, wie wir das mit dem vorgezogenem Braunkohleausstieg vor dem Hintergrund der Laufzeitverlängerung um 10 Jahre der beiden AKW Doel und Tihange machen. Das war noch mal interessant. Wir haben über 3RX, über Mobilität und natürlich über die Kompetenzen gesprochen.

Uns hat natürlich interessiert, das wird Sie nicht verwundern, wie Belgien das eigentlich macht: Sie haben am 9. Juni sowohl die Wahlen der Regionalparlamente, Sie haben nationale Wahlen zum Parlament, und Sie haben die Europawahl, und das Ganze – der Wahlkampf – jetzt in der EU-Ratspräsidentschaft. Die Antwort in Flandern war auf

jeden Fall: „Kriegen wir irgendwie hin. Wie genau, wissen wir nicht, aber kriegen wir hin. Es ist ja nicht das erste Mal, dass wir das hier machen.“

Auf jeden Fall würde ich sagen, Herr Botschafter, Sie sind ja selber auch Flame, wenn ich das verraten darf: Dieser Ausschuss hat sich intensiv und gut vorbereitet auf Ihren Besuch heute. Wir sind gebriekt und freuen uns sehr, Eure Exzellenz, dass Sie uns jetzt über die Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Nordrhein-Westfalen und Belgien berichten, aber natürlich auch über die Ratspräsidentschaft. The floor is yours, bitte schön.

Seine Exzellenz Geert Leo Muylle, Botschafter des Königreichs Belgien: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Liebe Abgeordnete! Es freut mich sehr, dass Sie sich Zeit nehmen für uns, damit wir den Belgischen Ratsvorsitz vorstellen können, und auch, dass ich nicht alleine hier bin. Ich werde begleitet nicht nur von meinem Kollegen in der Botschaft, sondern auch von meinem guten Kollegen, Herrn Honorarkonsul Dr. Wilhelm Droste, einem alten Bekannten, denke ich, von Ihnen, der sehr lange auch politisch aktiv und Mitglied des Landtages war.

(Vorsitzender Stefan Engstfeld: Den wir in guter Erinnerung haben.)

– In guter Erinnerung, das freut mich sehr.

Sie haben es angesprochen. Ich bin schon seit einer Woche unterwegs im Rheinland, und ich muss sagen: Überall, wo wir hingegangen sind, sind wir äußerst freundlich empfangen worden. Für mich ist eines sehr deutlich: Für einen Belgischen Botschafter wie mich, der im Preußischen Berlin lebt, ist ein Besuch im Rheinland wie Heimkommen. Es fühlt sich fast wie zuhause an.

Trotzdem werde ich nicht den ganzen Tag bei Ihnen hierbleiben. Ich fahre heute Nachmittag nach Leverkusen, denn wir machen auch von dieser Tour in NRW Gebrauch, um die größten Chemieunternehmen zu besuchen. Wie Sie wissen, sind die alle auch sehr präsent in Belgien. Die letzte Stufe unseres Besuches ist heute Nachmittag Covestro.

Sie haben mich eingeladen, um über Europa und über den Europäischen Vorsitz zu reden. Ich habe vier Kapitel: Belgien und die EU, Kontext des Belgischen Ratsvorsitzes – was sind da die Prioritäten? Und dann gibt es zwei Besonderheiten. Eine davon wird Sie besonders interessieren.

Also Belgien und die EU: Sie wissen, wir hatten den Vorsitz der Europäischen Union schon zwölfmal inne. Belgien war das erste Land überhaupt, das 1958 den Vorsitz innehatte. Damals war es noch der Vorsitz des Rates der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Nun sind wir zwölf Ratsvorsitze weiter und sind bei dem 13.

Es hat sich sehr viel verändert seit 1958. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist nun in eine Union mit 27 Mitgliedern verwandelt, ist eine echte Union geworden mit einem gemeinsamen Sockel von Rechten und Werten, ist ein Binnenmarkt geworden, ist der Garant für unseren Frieden und Wohlstand geworden.

Auch Belgien hat sich parallel grundsätzlich geändert, von einem unitären Staat damals zu einem komplexen. Ich glaube, alle modernen Staaten sind komplexe Staaten,

aber wir haben uns von einem unitären zu einem komplexen und modernen föderalen Staat gewandelt. Wir sind ein offenes Land geworden. Wir sind sowohl wirtschaftlich als auch kulturell, sozial und in der Gesellschaft sehr auf die Welt gerichtet. Wir sind davon überzeugt, dass das Schicksal Belgiens, die Existenz Belgiens mit dem Schicksal, mit der Existenz der Europäischen Union aufs Engste verknüpft ist. Das ist auch das, was mein Premierminister meint, wenn er über eine gemeinsame DNA spricht.

Was bedeutet das? Das bedeutet für uns, dass das Innehaben des Ratsvorsitzes auch schon zum 13. Mal absolut keine Routine ist. Es hat für uns eine ganz besondere Bedeutung.

Was ist der Kontext? Wir leben in einer Periode von multiplen Krisen – ich gehe nicht tiefer darauf ein. Das sind geopolitische, wirtschaftliche, technologische, gesellschaftliche Probleme, und darauf kommt nun auch die Ambition der Klimaneutralität. Die wird nun auch ganz konkret. Das kommt alles zusammen. Wir merken in unseren Gesellschaften doch eine gewisse Verunsicherung.

Und dann kommen im Juni die Wahlen. In diesem Kontext haben wir die Europawahl. In Belgien, wie Sie erwähnt haben, Herr Vorsitzender, kommen dazu auch föderale, regionale und Wahlen zu den Gemeinschaftsparlamenten. Später im Oktober haben wir noch die Gemeindewahlen. Das ist natürlich das Framework, in dem wir nun diesen Vorsitz innehaben. Dazu kommt, dass das der letzte Vorsitz dieser Legislatur ist. Das heißt, es ist ein kurzer Vorsitz: Eigentlich haben wir nur gute vier Monate, um politische Arbeit zu leisten.

Was bedeutet das alles? Was ist die Aufgabe für Belgien? Wir haben zwei grundsätzliche Aufgaben. Die erste Aufgabe ist, das Arbeitsprogramm der aktuellen, diesjährigen Legislatur ins Ziel zu bringen. Das heißt, die gesetzgeberische Agenda zu vollenden. Die zweite Aufgabe ist auf die Zukunft gerichtet. Da gibt es zwei Dimensionen. Die erste Dimension ist: Was soll die nächste europäische Legislatur tun? Das Arbeitsprogramm der nächsten europäischen Legislatur gilt für die nächsten paar Jahre. Aber darüber hinaus kommen zwei riesige Herausforderungen. Das eine ist die Erweiterung der Europäischen Union und, damit zusammenhängend, die Folgen der Europäischen Union.

Wir haben diese Aufgaben – die nächste Legislatur, die langfristige Reform und Erweiterung und auch das Abarbeiten des Programms der heutigen Legislatur – zusammengefasst in sechs prioritäre Cluster. Wir haben dem das Motto gegeben „Schützen, Stärken und Vorbereiten“.

Welche sind nun die prioritären Cluster? Es gibt sechs. Der erste Cluster gilt der Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Einheit. Ich glaube, das ist ein Selbstläufer. Das ist eine Priorität für die heutige und künftige Europäische Union, die ich eigentlich nicht zu erläutern brauche. Was unser Land hier tun möchte: Wir werden die Instrumente – das ist Artikel 7, Konditionalität zum Schützen des Unionshaushalts, der Rechtsstaatlichkeitsdialog – konsolidieren und völlig ausschöpfen.

Was ist da unsere Grundhaltung? Die heißt: Hier gibt es keine Rabatte. Die europäischen Rechtsstaatlichkeitsregeln, Demokratie müssen zu 100 % eingehalten werden, nicht nur auf dem Papier durch Gesetzesänderungen irgendwo, sondern auch in der Praxis.

Die zweite Priorität hat mit der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Industrie zu tun. Wir sind davon überzeugt, dass wir eine starke, kompetitive Industrie brauchen, um den Green Deal zu schaffen einerseits, aber auch – das sind meine Worte –, um einen sozialen Friedhof zu vermeiden. Wir werden also werben für einen Industrial New Deal, der in einen vollendeten und funktionsfähigen Binnenmarkt eingebettet sein soll. Da gibt es noch viel zu tun, Stichwort Bürokratieabbau, Stichwort Zugang zu Kapital. Dieser Industrial New Deal soll auch eingebettet sein in das, was wir Level Playing Field nennen, hier Stichwort Beihilferecht, wo im Moment viele Ausnahmen gestattet sind, was manchmal problematisch ist. Drittens soll dieser Industrial New Deal in eine sichere Energieversorgung und in kluge Lieferketten eingebettet sein.

Wie so ein Industrial New Deal aussehen soll, da habe ich keine Ahnung. Aber wir arbeiten dran. Dienstag hat ein Industry Summit in Antwerpen stattgefunden. Daran haben sich ungefähr 80 CEOs der größten Industrieunternehmen Europas beteiligt. Da ist eine Art 10-Punkte-Plan herausgekommen. Die Idee ist, dass das, was da empfohlen wird, weiter in das zukünftige Arbeitsprogramm der Kommission einfließt.

Aber das ist nicht das Ende. Der belgische Premierminister organisiert im April einen informellen Europäischen Rat nur über Wettbewerbsfähigkeit und Industrie. Was dabei herauskommt, soll auch in das nächste Arbeitsprogramm der Kommission einfließen. Wir haben Enrico Letta gebeten, einen Bericht zu schreiben über den Binnenmarkt, und Mario Draghi schreibt einen Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit. Dann haben wir Botschafter alle den Auftrag bekommen, in den Ländern, in denen wir akkreditiert sind, ins Gespräch mit den Industriechefs zu gehen.

Die Idee ist, dass Belgien mit dem heutigen Ratsvorsitz ein Arbeitsprogramm oder eine To-Do-Liste schafft für das, was die Industrie braucht, damit die Industrie langfristig kompetitiv sein kann und so auch der Green Deal Realität werden kann. Denn ohne Industrie schaffen wir den Green Deal nicht. Die Idee ist, dass wir am Ende des Belgischen Ratsvorsitzes ein Papier abgeben können, womit die nächste Legislatur ab Tag 1 an die Arbeit gehen kann. Denn es gilt, keine Zeit zu verlieren. Wenn ich eines verstanden habe aus den Gesprächen mit Bayer, Covestro, Lanxess, dann ist es, dass Zeit etwas ist, was wir nicht mehr haben.

Dritte Priorität: Ich habe den Green Deal erwähnt. Der ist da. Da gibt es noch manches zu tun, gesetzgeberisch. Es gilt, auch noch ein Abkommen über Emissionsnormen für LKWs zu erstellen. Das ist schwierig. Die Klimaziele 2040 sollen auch festgelegt werden. Die Politik bezüglich CCU und CCS muss auch festgelegt werden. Das sind unsere Prioritäten.

Unsere vierte Priorität gilt der Sozialsicherheit und den Gesundheitssystemen. Ich glaube, das ist auch normal. Wir sind ein Land mit Koalitionsregierung. In einem Land wie Belgien mit einem traditionsreichen sozialen Dialog ist es selbstverständlich, dass wir, wenn wir über Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaft und Industrie reden, auch über das Soziale, das soziale Pendant reden müssen. Also was wollen wir tun?

Wir wünschen uns, dass die nächste Koalition im Sozialen ebenso ambitioniert ist wie die heutige Kommission. Ich nenne als Beispiele die Arbeitsqualität, die wir verbessern möchten. Der Zugang zum sozialen Schutz soll für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

nehmer, für alle Selbständigen verbessert werden. Wir organisieren im April auch einen informellen Summit, um da, genau wie beim Industrial Deal, einen Arbeitsplan für die nächste Kommission herauszuarbeiten. Das möchten wir im April tun sowohl mit Parlament, Kommission und den Mitgliedsstaaten, aber auch mit den sozialen Partnern.

Gesundheit: Spätestens seit Corona wissen wir, was da die Herausforderungen sind. Die Kommission hat einen ambitionierten neuen Rechtsrahmen zur Schaffung eines Binnenmarktes für Arzneimittel auf den Tisch gelegt, der allen Patienten in der gesamten EU einen schnellen und fairen Zugang zu Arzneimitteln ermöglichen soll. Es gilt für uns, dieses Paket gesetzgeberisch ins Ziel zu bringen.

Darüber hinaus wollen wir auch etwas Praktisches tun. Es wurde eine Allianz für kritische Arzneimittel gegründet. Durch eine engere Zusammenarbeit von Regierungen, Industrie, Angehörigen der Gesundheitsberufe und der Zivilgesellschaft soll gewährleistet werden, dass Patientinnen und Patienten stets Zugang zu den Arzneimitteln haben, die sie benötigen. In der Praxis will man sich auf ungefähr 20 Substanzen konzentrieren, bei denen die europäische Abhängigkeit zu groß ist. Das wollen wir angehen.

Fünftes Thema, Schutz der Menschen und der Grenzen. Dabei geht es um Migration und Asyl. Da wurde das gesetzgeberische Verfahren schon beendet. Das war dem Belgischen Vorsitz äußerst wichtig. Die Spanier haben das politisch abrunden können. Wie Sie wissen: Zwischen einem politischen Deal und präzisen juristischen Texten klafft manchmal eine Lücke. Wir haben es geschafft, diese Lücke zu schließen.

Wichtig: Wir haben den Schengener Grenzkodex annehmen können. Für Länder wie Belgien und Länder wie Nordrhein-Westfalen ist das extrem wichtig. Der freie Verkehr von Gütern, Menschen und Kapital ist uns wichtig. Ohne ihn hätten wir nie den Reichtum und Wohlstand erreicht, den wir erreicht haben.

Manche werden sagen, die Reform des Schengener Grenzkodex ist nicht so gut. Es gibt immer noch die Möglichkeit, unter gewissen Umständen die Grenze zu kontrollieren und zu schließen. Jein, würde ich sagen. Es ist besser, das Ganze zu organisieren, in einen Rahmen einzubetten, statt dass, was im Moment geschieht, nämlich dass viele Länder entscheiden „okay, wir führen aus diesem oder jenem Grund Grenzkontrollen ein“, wie Deutschland das mit drei Nachbarländern tut. Es ist notwendig, dass wir so etwas besser organisiert bekommen.

Was gibt es noch? Der Kampf gegen Organisierte Kriminalität ist auch wichtig für Grenzregionen. Wir hoffen, bald mit der Bundesregierung zusammen ein bilaterales Abkommen zur polizeilichen Zusammenarbeit abzuschließen. Davon können unsere Grenzregionen nur Vorteile haben.

Dann sind wir im Bereich der Verteidigung. Sie wissen es, wir müssen die europäische Verteidigungskapazität erhöhen. Stichwort ist da: EU Rapid Deployment Capacity (Schnelle Eingreiftruppe der Europäischen Union, RDC), Cybersecurity, Military Mobility. Military Mobility heißt, schweres Material von den Häfen Antwerpen und Rotterdam durch Deutschland schnell in den Osten bringen zu können. Aber vor allem handelt es sich hier auch um die Stärkung der technischen und industriellen Basis in Europa für die Verteidigung.

Das sechste und letzte Thema ist Global Europe. Wir merken schon, dass es Europa spätestens seit dem Krieg in der Ukraine schwerer hat, im Süden der Welt gehört zu werden. Das kann so nicht ohne Reaktion weitergehen. Europa muss absolut mehr investieren in seine bilateralen Beziehungen mit den Ländern im Süden. Das wird für Belgien konkret in der Beziehung zu Afrika. Wir möchten da – das hat schon seit zwei oder drei Jahren nicht mehr stattgefunden – versuchen, ein High-Level-Treffen mit den Afrikanern zu organisieren und diese afrikanisch-europäische Zusammenarbeit wieder auf die Spur zu bringen. Denn im Moment geschieht eigentlich ganz wenig.

Die andere Priorität ist natürlich die Ukraine. Wir müssen alles tun, was wir tun können, um die Ukraine zu unterstützen. Wir sind sehr froh, dass die Europäische Union es geschafft hat, am 1. Februar das Unterstützungspaket von 50 Milliarden Euro zu beschließen. Vorige Woche war ich in München. Da haben wir mehrere demokratische Senatoren aus dem Amerikanischen Senat getroffen. Die sind zuversichtlich, dass sie es schaffen werden, noch ein Unterstützungspaket für die Ukraine zu schnüren. Sie sagen alle: Wenn ihr Europäer es nicht geschafft hättet, dann wäre es hier auch definitiv ein Nein gewesen, um Ihnen ein Beispiel davon zu geben, wie wichtig es ist, dass die Europäische Union sich proaktiv mit diesen geopolitischen Sachen beschäftigt.

Das ist ein kurzer Überblick. Ich habe einige Themen gewählt, es gibt noch viele mehr. Zwei Besonderheiten habe ich Ihnen noch versprochen. Die erste Besonderheit – Sie, Herr Vorsitzender, haben es schon angesprochen – ist, dass in Belgien die föderalen Entitäten – Gemeinden und Regionen – auch Außenkompetenz haben. Sie sind ganz stolz darauf, wir natürlich auch. Das heißt aber ganz konkret, dass die Gemeinschaften und Regionen sowohl auf ministerieller als auch auf behördlicher Ebene manchen Ratskonfigurationen vorsitzen. Was sie da tun, ist, immer interbelgisch koordinierte Standpunkte einzunehmen. Es ist nicht so, als ob Flandern einfach mal da hinfährt und sagt: „Wir Flamen sagen A, B, C.“ So geht es nicht. Das wird interbelgisch koordiniert, und wir haben dafür Mechanismen. Das funktioniert gut.

Die zweite Besonderheit ist das, was wir partizipative Prozesse nennen. Es hat eine Konferenz über die Zukunft Europas gegeben. Wir möchten uns davon inspirieren lassen, um auch in Belgien einige Bürgerdialoge über Europa zu organisieren. Wir denken, dass das eine gute Idee ist, vor allem auch mit Hinblick auf die anstehenden europäischen Wahlen.

Lieber Herr Vorsitzender, ich bin am Ende meiner Präsentation. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Seine Exzellenz! Ganz herzlichen Dank. Ein ambitioniertes Programm, aber mit guten Schwerpunkten, wie ich finde. Diese Besonderheit, die Sie zum Schluss angesprochen haben, haben wir auch am Dienstag erlebt, weil der Ministerpräsident von Flandern, Herr Jambon, auch den Ratsvorsitz für den Themenbereich „Kultur und Industrie“ innehat, der auch in Flandern angesiedelt ist. Insofern ist das schon eine Besonderheit, auf die wir ein bisschen neidisch sind. Aber das kann ja vielleicht noch werden bei uns. Gucken wir mal. – Herr Staatssekretär sieht das, glaube ich, anders.

Gibt es Wortmeldungen von Seiten der Ausschussmitglieder? – Das ist der Fall. Zuerst hat sich für die CDU-Fraktion Kollegin Plonsker gemeldet, bitte schön.

Romina Plonsker (CDU): Vielen Dank, Seine Exzellenz, für den Ausblick, den Sie auf die Ratspräsidentschaft gezeigt haben. Ich habe zwei Fragen.

Ein Schwerpunkt im aktuellen Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission ist, unter anderem die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Kommission zu stärken. Mich würde mit Blick auf Erfahrungen aus der Vergangenheit interessieren, wie sich denn die Belgische Ratspräsidentschaft zu einem möglichen Freihandelsabkommen Mercosur verhält, das von großem Interesse ist, um die Wettbewerbsfähigkeit in der Europäischen Union zu stärken.

Zweitens wurde von Ihnen gerade der New Industrial Deal angesprochen – ich weiß nicht, ob das New davor gehörte –, bei dem Sie die diversen Ausnahmen beim Beihilferecht angesprochen haben. Kann ich Ihre Aussagen so deuten, dass das Level Playing Field bedeutet, dass mehr Beihilfe möglich ist, oder ist es genau das Gegenteil und als eine strikte Auslegung des Beihilferechts zu verstehen?

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Herr Botschafter, ich würde es so machen, dass wir die Fraktionen einmal zu Wort kommen lassen. Dann haben Sie die Möglichkeit, gebündelt zu antworten. Wir müssen ein bisschen auf den Zeitplan gucken, weil wir um 11:00 Uhr noch andere Gäste haben, aber wir kriegen das hin. Ich würde jetzt erst die Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete zu Wort kommen lassen, dann haben Sie die Möglichkeit zu reagieren.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Herr Botschafter! Vielen Dank für Ihren Bericht. Es war ja Anfang der Woche, als wir in Brüssel beim Europaparlament waren, sehr interessant. Wir haben da einzelne Punkte, die Sie heute angesprochen haben, mit den Abgeordneten dort schon besprochen.

Ich möchte auf zwei oder drei Punkte hinweisen, vielleicht nicht direkt als Frage, aber noch mal als Hinweis. Ich fand es sehr interessant und auch sehr wichtig, dass Sie die Zusammenarbeit Afrika und Europa genannt haben, wo wir uns verstärkt einbringen müssen. Denn ich glaube, das Thema „Schutz der Grenzen/Asyl“ wird ohne Gespräche, die wir mit den afrikanischen Staaten führen müssen, nicht zu einem Erfolg führen. Das ist meiner Meinung nach untrennbar miteinander verbunden, wobei Europa sich viel mehr engagieren muss.

Das Zweite: Sie haben auf die derzeit bestehenden Rechte und gleichzeitig aber auch die Beitrittsanfragen zur Erweiterung der Europäischen Union hingewiesen. Die Frage wurde auch in Brüssel erörtert, wie wir hier als Nordrhein-Westfalen dastehen, obwohl wir keine Außenkompetenz in dem Bereich haben. Aber ich glaube schon, dass Rechtsstaatlichkeit, Beachtung der Grundrechte, Schutz der Minderheiten, Pressefreiheit alles Themen sind, die eine sehr wichtige Rolle spielen, die wir hier auch als Landesabgeordnete und Fraktionen nennen dürfen, die Grundvoraussetzung sind für jede Erweiterung.

Der dritte Punkt, der uns aber alle umtreibt, ist: Wie gehen wir mit einer Europäischen Union um, die noch mehr Staaten umfasst? Müssen wir die EU-Verträge ändern?

Es wird immer vom Vetorecht gesprochen. Allgemein gilt das Einstimmigkeitsprinzip. Rückt man davon ab oder nicht? Besteht davon eine Gefahr für kleinere Staaten, dass sie von anderen Staaten überstimmt werden? Da wird vieles diskutiert. Ich denke, eine Erweiterung ohne gleichzeitige Vertiefung und ohne dass wir auf die Verträge schauen, wird für die Europäische Union zu einer Zerreißprobe werden. Wir sehen, was ein Land – damit meine ich Ungarn – im Moment machen kann: Die anderen Staaten unter Druck setzen. Wir müssen schauen, dass wir die Europäische Union weiterhin handlungsfähig halten.

Der letzte Punkt, auf den ich hinweisen möchte, ist das Thema „Türkei“, zu dem Sie bisher noch nichts gesagt haben. Auch die Türkei hat natürlich ein reges Interesse, weiterhin mit anderen Staaten in der Europäischen Union gut zusammenzuarbeiten. Ich glaube, da ist auch der Asyldeal, der geschlossen wurde, wichtig für uns. Da müssen wir auch unsere ganzen Initiativen hinstecken und von Europa aus verstärkt arbeiten.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Auch von unserer Seite, Herr Botschafter, herzlichen Dank, dass Sie hier sind, auch für Ihren Bericht. Sie haben zu Recht einen wichtigen Punkt angesprochen, die Verteidigung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie und die Einheit der Union voranzubringen. Da wären aus meiner Sicht zwei Fragen.

Sie arbeiten jetzt schon mit der folgenden Ratspräsidentschaft zusammen. Das Stichwort „Ungarn“ ist gerade gefallen. Das betrifft Fragen von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, die von Ihnen auch im Kontext mit den Diskussionen im Vorfeld der kommenden Ratspräsidentschaft vorangetragen werden, auch über die Europäische Union hinausguckend in die USA mit den Debatten, die dort gerade vonstattengehen und was dort zu erwarten ist, sollte Trump noch mal gewählt werden. Das ist der eine Themenkomplex.

Dann haben Sie auch den Green Deal angesprochen, der in den vergangenen Jahren das Megathema der Kommission gewesen ist und dann doch in den letzten Monaten im Rahmen der SOR und des Nature Restoration Law einige Rückschläge hinsichtlich dessen bekommen hat, was die Kommission sich vorgenommen hatte.

Sie haben gerade dargestellt, inwiefern Sie für die kommende Ratspräsidentschaft im Rahmen der Industriepolitik ein Arbeitsprogramm aufbauen wollen. Ist ähnliches auch im Kontext des Green Deal geplant, um den – Sie hatten das Stichwort „Klimawandel“, „Biodiversitätskrise“ angesprochen – in dem Kontext weiterzuführen, gegebenenfalls zu verstärken oder neue Schwerpunkte zu setzen?

Inge Blask (SPD): Sehr geehrter Herr Botschafter! Auch von der SPD-Fraktion herzlichen Dank, dass Sie heute gekommen sind, auch für Ihren Bericht. Wir sind ein Parlament hier in Nordrhein-Westfalen und machen keine Europapolitik, halten es aber für wichtig, dass nordrhein-westfälische Interessen in Europa gehört werden. Da wäre meine Frage, wie Sie sich vorstellen könnten, wie wir das stärken können, wie Ihre Position dazu ist.

Sie hatten im Bereich des Industrial Deal erwähnt, dass da Partner beteiligt werden. Wie könnte Nordrhein-Westfalen da als Region auch gestärkt werden? In Belgien kennen Sie es ja auch, dass sich Regionen beteiligen möchten, also aus guter Erfahrung von zuhause.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann, Herr Botschafter, haben Sie eine knappe Viertelstunde Zeit, auf alle Fragen einzugehen.

Seine Exzellenz Geert Leo Muylle, Botschafter des Königreichs Belgien: Ich tue mein Bestes. Ich habe natürlich mehr Zeit, nicht wahr? Ich komme auch aus Berlin zu Ihnen, aber kein Problem.

Wettbewerbsfähigkeit und Handelsabkommen: Die Europäische Kommission hat ein neues Paket für Handelspolitik auf den Tisch gelegt, mit dem das Sustainable Development gestärkt werden soll. Das heißt Integration von Klimazielen und Klimaambition. Das heißt Integration von Abkommen oder Normen der internationalen Arbeitsorganisation. Das unterstützen wir völlig.

Wir unterstützen in diesem Paket auch die Ambition, zu vernünftigeren Prozeduren zu kommen, um, wenn irgendwo ein Land, ein Partner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, vernünftig in einen Dialog zu treten, damit dieses Drittland sich dann auch einschränken kann und seine selbst eingegangenen Verpflichtungen einhält.

Bei diesem Paket handelt es sich um existierende Handelsabkommen. Die Frage ist, welche wir ändern, welche wir verbessern können und welche wir politisch oder aus anderen Gründen nicht ändern können. Für alle neuen Handelsabkommen ist das das Minimum für Trade in Sustainable Development.

Dann Mercosur: Ich verstehe natürlich, dass Sie sich dafür interessieren, was Belgien über Mercosur denkt. Aber bitte, gucken Sie erst mal nach Paris und auf Buenos Aires. Dann können wir weiterreden.

New Industrial Deal: Ich habe das „New“ dazugefügt. Es ist natürlich kein New Industrial Deal, das hat auch keine substanzielle Bedeutung.

Beihilferecht: Ein Land wie Belgien mit einer Wirtschaft von 600 Milliarden Euro kann mit einem Land wie Frankreich oder Deutschland nie mithalten. Deutschland hat eine Wirtschaft von 3.800 oder 3.900 Milliarden. Da können wir niemals mithalten. Dazu kommt die fiskalische Lage. Wie Sie wissen, haben wir bereits 102 % Verschuldung. Das beschränkt unsere Möglichkeiten. Da können wir und wollen wir auch nicht mithalten.

Was macht die Europäische Kommission? Sie erlaubt Aussetzungen des Beihilferechtsframeworks seit Corona. Jedes Mal wird das um sechs Monate verlängert. Das funktioniert nicht. Es geht nicht. Wir merken in Belgien, dass Investitionen in Industrieprojekte nicht realisiert werden und wegen dem Beihilferecht nach Frankreich ziehen. Das muss geändert werden. Wir wünschen uns eine Beihilferegelung auf europäischer Ebene, nicht auf staatlicher und nationaler Ebene.

Erweiterung und Reform: Ich habe es gesagt: keine Rabatte – nicht für die, die schon drin sind, aber auch nicht für die Länder, die reinkommen möchten. Die belgische Lesart hier ist: Erst Reform, erst soll die Union fit sein, um die Erweiterung zu verdauen, und dann kommt die Erweiterung. Das ist nicht so, wie alle EU-Mitgliedsstaaten es sehen. Man redet oft über geopolitische Notwendigkeiten.

Wir sind auch pragmatisch. Wir wissen auch, dass die Logik ist: erst Reform, dann Erweiterung, in der Reform erst mal untersuchen, was wir zusammen tun wollen. Wenn das deutlich ist, dann wird geguckt: Woher kommt das Geld, wie viel soll das kosten? Wenn wir das abgehakt haben, dann ist die Frage, wie wir über all diese Angelegenheiten entscheiden werden. Das ist die klassische Logik. Und so würden wir alle es uns wünschen, aber so wird es nicht laufen.

Das wird ein paralleler Prozess sein. Das wird ein politisch getriebener Prozess sein. Jeder wird da Wasser in den Wein schütten, Zugeständnisse und Kompromisse machen müssen. Die Frage ist: Wo liegt der Cursor? Wird die geopolitische Notwendigkeit wichtiger sein als die Reformkomponente? Wie wird sich das verhalten? Wir haben in Belgien eine Meinung zu. Andere Länder, große Länder, ein bisschen östlicher gelegene Länder so wie Deutschland sind auch davon überzeugt, dass Rechtsstaatlichkeit absolute Priorität hat. Aber die geopolitische Notwendigkeit wird meiner Meinung nach in Berlin ein bisschen anders eingestuft als bei uns. Das ist auch normal. Ich verstehe das auch. Am Ende kommt da ein politischer Deal. Dann spielt da politische Logik. Dann gilt die kartesianische Logik auch noch, aber sie ist nicht mehr die einzige.

Türkiye: Wir sind uns alle einig, wie es in der Türkei läuft, ist nicht die Richtung, die wir uns wünschen, voilà.

Rechtsstaatlichkeit, Green Deal: Sie haben die nächste Präsidentschaft in Amerika erwähnt. Was heißt das für die Rechtsstaatlichkeit? Wir denken, die nächste Präsidentschaft wird eine Übergangspräsidentschaft. Wir glauben nicht, dass da fundamental etwas Schlimmes passieren kann oder wird.

Trump – das war nicht so richtig eine Frage, sondern ein Statement.

(Dr. Gregor Kaiser [GRÜNE]: Es war schon eine Frage. Welche Strategie plant man, sollte dieses eintreten?)

Ich würde es anders sagen. Die Grundrichtung in den Vereinigten Staaten geht eher in Richtung Asien und weniger in Richtung Europa. Ob Trump oder nicht, so oder so muss sich die Europäische Union vorbereiten und aufrüsten, damit sie selbst mehr für die eigene Sicherheit – und das heißt, Sicherheit, aber auch Militär, Industrie, Technik, Rüstung – tut. Sie muss die eigenen Kapazitäten sehr verstärken. Und das sollte nicht nur sein, weil es da ein Trump-Risiko gibt. Das muss sowieso geschehen.

Green-Deal-Rückschläge: Nein, das ist absolut nicht das, was der Belgische Vorsitz sich vornimmt. Der Green Deal muss komplett realisiert werden. Hinzufügen ist eine andere Sache.

NRW-Interessen in Europa: Sie haben Mark Speich, den Staatssekretär, Sie haben Herrn Minister Liminski. Die machen beide eine hervorragende Arbeit in Brüssel. Sie haben die Zugänge, die Informationen. Sie können Einfluss nehmen. Dann gibt es die

europäischen Regionen. Wenn man Belgien betrachtet, dann sind unsere Interessen praktisch in allen Dossiers sehr ähnlich. Wir funktionieren ziemlich gut miteinander. Wir sind in der Lage, Botschaften nicht gemeinsam, aber gemeinsame Botschaften, jeder auf seinem eigenen Weg, nach vorne zu bringen. Das tun wir gerne. Das tun wir auch nicht aus Liebe zu Nordrhein-Westfalen, sondern weil die Interessen einfach so sind. Wir haben ähnliche bis gleiche Interessen.

Und Belgien, ich habe es schon gesagt, 600 Milliarden Euro Wirtschaft, 11 Millionen Menschen, ist nicht klein. Aber alleine schaffen wir das auch nicht. Da ist die Hilfe von NRW, 18,5 Millionen Einwohner, 700 Milliarden Euro Wirtschaft – Sie wissen es besser, denke ich. Wir stärken einander in der Botschaft Richtung Brüssel.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ganz herzlichen Dank, Herr Botschafter, für Ihre Ausführungen. Das war hochspannend für uns. In Flandern haben wir auch immer gesagt: Liebe Freundinnen und Freunde! So sehen wir das. Gleiche Interessen, wir sind uns sehr nah, und das soll auch in Zukunft so bleiben. Wir haben genug Themenfelder, auf denen wir eng und intensiv weiter zusammenarbeiten werden.

Ihnen viel Erfolg, viel Glück in Ihrer Ratspräsidentschaft! Möge die Zahl 13 keine Unglückszahl sein, sondern möge es sehr erfolgreich vonstattengehen. Wir danken für den Besuch und haben vollstes Verständnis, wenn Sie weiterziehen. – Was ist das?

Seine Exzellenz Geert Leo Muylle, Botschafter des Königreichs Belgien: Wir haben noch zwei Minuten, oder? Sie wissen, Belgien hat viele Bevölkerungsgruppen, die Wallonen, die Flamen, die Ostbelgier. Die vierten, das sind die Schlümpfe. Die Schlümpfe schlafen tagsüber, aber nachts sind sie aktiv. Und wenn es gut läuft in Belgien, dann sind das die Schlümpfe. Die sorgen dafür. Wir haben natürlich alle Social Media Teams, und mein Team in Berlin hat mir gesagt: Wohin du auch gehst bei diesem Ratsvorsitz, du nimmst diesen Schlumpf mit, und der muss dann ein Wappen bekommen. Und voilà. Nun habe ich meine Arbeit für mein Social Media Team in Berlin auch gemacht.

(Beifall)

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen lieben Dank. Sie sind herzlich willkommen, noch weiter an der Sitzung teilzunehmen. Wir haben vollstes Verständnis, wenn Sie weiterziehen. Sie haben ja schon gesagt, dass Leverkusen als Nächstes ansteht. Insofern: Viel Erfolg weiterhin, noch eine gute Zeit in Nordrhein-Westfalen, auch wenn sie heute im Laufe des Tages endet. – Der Minister ist mittlerweile auch da.

(Kurze Unterbrechung)

2 Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden Freies Russland NRW e. V., Düsseldorf, zur aktuellen Situation in Russland (*Präsentation s. Anlage 2*)

Vorsitzender Stefan Engsfeld: Wir begrüßen ganz herzlich Herrn Yuri Nikitin, den Vorstandsvorsitzenden des Vereins Freies Russland, der hier zu Gast in unserer Sitzung ist. Mit seinem Verein setzt er sich für ein demokratisches und freies Russland sowie die Achtung der Menschen- und Freiheitsrechte ein.

Herr Nikitin, ich danke Ihnen, dass Sie sich heute für uns Zeit nehmen. Es sind sehr bewegte Zeiten. Wir sind alle sehr bestürzt und betroffen gewesen von der Todesnachricht von Herrn Alexei Nawalny. Der Jahrestag der Großinvasion Russlands in die Ukraine steht bevor, und die Menschenrechtslage in Russland ist eine schwierige.

Andererseits ist es auch so, dass wir natürlich eine russlanddeutsche, russischsprachige Community auch in Nordrhein-Westfalen haben. Wie es denen ergeht, was sie zum Fall Nawalny sagen können und zur allgemeinen Lage in Russland und wie Sie vielleicht auch auf die Ukraine blicken, das alles – und was ist überhaupt der Verein Freies Russland Nordrhein-Westfalen? – Das bringen Sie uns nun hoffentlich näher. Wir freuen uns sehr auf Ihren Input. Sie haben auch eine kleine Präsentation dabei. Bitte schön.

Yuri Nikitin (Freies Russland NRW): Ich danke für die Einladung. Es ist natürlich eine große Ehre, über unsere Arbeit erzählen zu können. Das Thema ist sehr vielfältig. Es sind bewegende Zeiten, aber auch nicht erst seit Wochen. Es ist schon länger so. Da ist es auch unsere Aufgabe, auf die Entwicklung in Russland aufmerksam zu machen. Das geht in Richtung deutscher Öffentlichkeit. Das versuchen wir durch verschiedene Mittel, sowohl durch Pressearbeit als auch durch unsere Kundgebungen und andere Aktionen.

Wir finden es wichtig, gerade jetzt im europäischen Kontext, dass Russland ein normales, friedliches Land ist. Denn ich kann mich noch sehr gut an die 90er-Jahre erinnern, wo es alles sehr rosig und freundschaftlich aussah, und auch die 2000er-Jahre, als es um die strategische Partnerschaft mit Russland ging. Da konnte man die Tendenz schon sehr lange sehen. Aber viele wollten es leider nicht sehen, weil man natürlich versucht, alles im positiven Sinne wahrzunehmen.

Unsere Organisation ist im Prinzip auch durch Nawalny entstanden. Das muss man dazu sagen. Nawalny war eine Figur für viele Menschen in Russland, vor allem aus der jüngeren Generation, die viel bewegt hat. Er kam im Jahre 2021 zurück nach Russland nach seiner Rehabilitation in Deutschland, nach seiner Vergiftung – einem versuchten Mordanschlag damals im Jahr 2020. Das war der Auslöser für viele Protestbewegungen sowohl in Russland selbst als auch im Ausland, wobei die Proteste in Russland alle unterdrückt wurden, bis sie nicht mehr existierten.

Die meisten politischen Anführer oder Aktivisten sind verurteilt worden und müssen jetzt längere Freiheitsstrafen absitzen. Im Prinzip gibt es als einzige Möglichkeit für irgendeine oppositionelle politische Tätigkeit für die Russen das Ausland. Ich befasse mich weniger mit der politischen Tätigkeit, mehr mit der Krisentätigkeit. Dann gibt es

die oppositionellen Politiker, die vor dem Regime fliehen konnten oder die schon längst im Ausland waren. Das ist im Prinzip das Feld, wo das alles stattfindet, leider.

Russland selbst hat sich in dieser Zeit von einer begrenzten Demokratie zunächst in ein autoritäres Regime gewandelt. Inzwischen kann man feststellen, dass es eine Diktatur ist mit vielen totalitären Merkmalen, die es gibt. Die Richtung ist klar. Die Frage ist nur, wie viel Zeit Putin hat, bis es zu einem Regime wird, das man mit dem Nationalsozialismus vergleichen kann. Im Moment ist es ein Regime, das sehr undemokratisch ist, aber trotzdem zum Beispiel keine richtige Ideologie, keine richtigen Ideen hat.

Die gehen mit vielen Restriktionen in die Öffentlichkeit, einfach, um an der Macht bleiben zu können. Das ist vielleicht etwas, was wichtig zu verstehen ist. Es geht da nicht um Ideen, wie das in der Auseinandersetzung zwischen dem Westen und dem Ostblock damals gewesen ist. Es geht darum, dass eine Gruppe von Menschen, die durch Zufall an die Spitze der Russischen Föderation gekommen ist, ihre Lebensweise, ihre Weltanschauung über 20 Jahre im Prinzip auf das ganze Land transportiert hat. Das heißt, es geht um Macht und Geld, aber keine Ideologie. Das zum Verständnis, weil es sehr schwierig ist.

Wenn man anfängt, über Russland zu sprechen, dann kommen immer sehr viele Themen. Das eine ist wegen dem anderen passiert. Ich versuche heute, einen Überblick über das, was in Russland politisch passiert – vielleicht sind nicht alle sehr vertraut damit –, zu geben. Dann erzähle ich über unsere Tätigkeiten auf unserem Niveau hier in Nordrhein-Westfalen. Wenn es dann Fragen gibt, dann fragen Sie bitte. Sonst kann ich sehr viel erzählen, aber wir haben auch ein begrenztes Zeitbudget. Da würde ich lieber auf Ihre Fragen eingehen.

Das ist jetzt ganz allgemein zu dem, was wir machen, aber zunächst ein paar Stichworte dazu, was Russland ist. Zum Thema „politisches System“ habe ich gesagt, da gibt es noch verbliebene Elemente. Man will sich nach außen demokratisch zeigen. Deswegen versucht das Regime, die Prozeduren beizubehalten. Es gibt regelmäßig Parlamentswahlen, die Duma-Wahlen und Präsidentenwahlen, auch wenn die Amtszeiten sich dann plötzlich von vier auf sechs Jahre verlängert haben.

Die jetzigen Präsidentenwahlen sind auch beispielhaft. Keiner der oppositionellen Kandidaten ist zugelassen worden. Man hat mit der Bevölkerung ein bisschen Katz-und-Maus gespielt. „Okay, ihr könnt kandidieren“ – viele haben das nicht geglaubt, aber dann gibt es eine alternative Kandidatur, eine neue Dame, die keiner kannte. Aber viele sind schon so müde von Putin. Frau Dunzowa wollte kandidieren, das hörte sich erstmal gut an. Sie konnte dann die erste Hürde nicht überwinden. Sie durfte nicht mal die Unterschriften sammeln. In Russland ist es so, dass, wenn ein Kandidat nicht eine in der Duma, im Parlament vertretenen Parteien vertritt, dann muss er erstmal 120.000 Unterschriften in verschiedensten Regionen sammeln. Das ist dann Ebene 2.

Zu Ebene 2 ist dann ein anderer Hoffnungsträger gekommen, Boris Nadeschdin, der ein ziemlich bekannter politischer Funktionär war. Da es keinen anderen halbwegs glaubwürdigen oppositionellen Kandidaten gab, haben viele in der Opposition gesagt: Okay, lass uns den Herrn Nadeschdin unterstützen. Dann haben sich Schlangen auf den Straßen von Moskau gebildet. Ich weiß nicht, ob Sie die Bilder von Anfang Januar

gesehen haben, als diese Unterschriften gesammelt wurden. Der Trick ist, dass diese 120.000 keine große Zahl sein mögen, aber es muss regional entsprechend verteilt sein, 5.000 aus Irkutsk und 5.000 aus Moskau zum Beispiel. Da gibt es Prozentsätze. Natürlich gibt es in großen Städten mehr Unterstützer von demokratischen Kandidaten, aber immerhin. Das hat man gesammelt. Es war sehr viel Arbeit, und das war eines der ersten Male seit mehreren Jahren, seit dem Ausbruch des Krieges, dass die Leute, die gleichgesinnt sind, sich visuell zunächst identifizieren konnten. Denn seit dem Ausbruch des Krieges, seit der Unterdrückung jeglicher Form von Protesten hat sich keiner getraut, öffentlich seine Position zu zeigen.

Dieses Sammeln von Unterschriften merkwürdigerweise ist zu so einem Symbol geworden, dass die Leute kamen und gesehen haben: Wir sind nicht alleine.

Wenn man fragt: Wie ist das in Russland? Wie viele stehen zum Krieg? Wie viele stehen zu Putin? Das ist sehr schwierig festzustellen. Es gibt dazwischen ganz verschiedene Einschätzungen. Durch die Medien wird es so übermittelt, dass alle hinter dem Krieg und vor allem hinter Putin stehen. Man traut sich sehr häufig auch untereinander nicht, das zu sagen. Ich sage nicht, dass nur wenige hinter Putin stehen. So ist es leider nicht. Die, die tatsächlich gegen diese Politik sind, hatten Angst. Und hier haben sie sich zum ersten Mal seit mehreren Jahren gesehen.

Aber dieser Kandidat wurde trotzdem nicht zur Wahl zugelassen. Im Moment ist das alles so neutral, die suchen nur Sparringpartner für den amtierenden Präsidenten. Klar, keiner der realistisch denkenden Menschen hat irgendwelche Hoffnungen, dass diese Wahl plötzlich zu richtigen Wahlen werden könnten.

Wie gesagt, Unterdrückung aller politischen Oppositionen, demokratische Parteien im Parlament gibt es schon länger nicht mehr. Die Jabloko-Partei als letzte große demokratische Partei ist seit dieser Legislaturperiode nicht mehr in der Duma vertreten. Viele Parteien, die außerparlamentarisch zumindest noch vorhanden waren, sind mittlerweile auch aufgelöst. Wie ich am Anfang erwähnt habe: Ob im europäischen Sinne, im Sinne der realen demokratischen Politik – die Verwaltungsprozesse gehen fast immer einstimmig durch die regierenden Parteien bis auf Einzelfälle, vielleicht auf regionaler oder kommunaler Ebene, vonstatten.

Und die Oppositionsführer haben, wie schon gesagt, in den meisten Fällen längere Haftstrafen bekommen. Alexei Nawalny wurde neulich umgebracht. Man redet natürlich nicht von Mord, sondern sagt, dass er einfach gestorben ist.

In der Zivilgesellschaft wird nur das gefördert und toleriert, was vielleicht zur Unterstützung des Ukrainekrieges führt oder was patriotisch ist, aber auch in Grenzen. Der Kreml versucht, das ganze Feld unter Kontrolle zu halten. Auch den Patrioten wird immer wieder die Grenze gezeigt. Wer zu laut wird wie Strelkov, der geht auch in den Knast. Das sind nicht nur prodemokratische Oppositionelle. Das sind die Oppositionellen, die überhaupt Anspruch auf Macht haben möchten. Wie ich sagte: Es geht nur um den Machterhalt, nicht um Entwicklung des Landes.

LGBTQ+-Verfolgung ist eines der Themen, bei dem politische Kräfte alle vernichtet wurden. Da brauchte man seine Energie, um auf irgendeine Gruppe zu zeigen. Die Homosexuellen waren da eine sehr gut passende Gruppe aus Sicht des Kremls. Und

vor allem: Das hat auch nicht erst neulich angefangen. Aber wie mit allen repressiven Gesetzen wurde es immer schärfer. Am Anfang hieß es, nur Propaganda von nichttraditionellen Beziehungen ist verboten. Mittlerweile wird gerade ein Gesetz eingebracht mit dem Ziel, dass man gar nichts mehr, was auf Homosexualität hinweist, zeigen darf. Das wird schon als Propaganda gezählt. Da werden demnächst Teile aus Filmen ausgeschnitten und so weiter. Das geht natürlich auch in Richtung Kultur und Kunst.

Zur Presse: Um die Macht der Presse wusste Putin von Anfang seiner Regierungszeit an. Er wurde selber durch Fernsehbilder geschaffen. Das Erste, was er einige Tage nach seiner Amtseinführung gemacht hat, war, den großen unabhängigen Sender NTV zu zerschlagen und danach die kleineren, danach die großen populären Zeitungen, dann die kleinen. Im Moment – ich bin jetzt kein Medienwissenschaftler, aber ich glaube nicht, dass es tatsächlich etwas Russlandweites gibt – ist sowieso alles längst digital geworden. Auch die Redakteure sind seit zwei Jahren, spätestens seit dem Ausbruch des Krieges in Lettland, in Polen, in den Niederlanden, in Deutschland und anderswo, weil in Russland die normale journalistische Arbeit fast nicht mehr möglich ist.

Der letzte verbliebene Fernsehsender Doschd hat sich vor Kurzem in Amsterdam niedergelassen und strahlt von da aus. Meduza, das größte Internetportal, sitzt in Riga. In Russland besteht immer ein Risiko.

Es gibt einzelne mutige Journalisten, die wie manche Politiker trotzdem versuchen, so lange wie möglich in Russland zu bleiben. Aber die meisten verstehen, wie gesagt, dass sie Geiseln des Regimes sind. Eines Tages kommt das vielleicht auch für die ausländischen Journalisten. Einige Fälle gibt es schon, aber noch nicht massenhaft.

Die politische Arbeit ist von den prodemokratischen Kräften Russlands ins Ausland ausgewandert. Ein Bild, damit man versteht, wie die russische Staatsduma aussieht: 450 Plätze insgesamt, wo es vielleicht demokratisch aussehen kann. Das sind jetzt immer noch ein paar größere Parteien, aber den wichtigsten Themen, die dann vom Amt des Präsidenten kommen, wird fast immer einstimmig zugestimmt. Wie es noch vor 20 Jahren in der Putin-Ära gesagt wurde vom Parlamentssprecher: Das Parlament ist kein Platz für Diskussionen. Das ist ehrlich. Das hat der Sprecher des Parlaments Anfang der 2000er-Jahre gesagt, Grislov damals noch.

Kurz zu den größten und bekanntesten oppositionellen Organisationen. Wie gesagt, die Progress-Partei existiert ja zumindest formell. Aber weil die nicht in der Duma sind, können sie nicht Herrn Nadeschdin nominieren. Deswegen musste er diese Unterschriften sammeln.

Es gibt ja theoretisch 25 Parteien. Aber viele sind sehr klein und sowieso nicht auf der Bundesebene vertreten.

Die großen politischen Kräfte vom oppositionellen Spektrum sind dann, wie gesagt, im Ausland. Ich wollte ein paar nennen. Das sind das ehemalige Nawalny-Team, die Antikorruptionsstiftung. Natürlich wurden alle juristischen Personen in Russland geschlossen, weil sie zunächst als ausländische Agenten und dann als Extremisten eingestuft wurden. Die Nawalny-Stäbe wurden geschlossen. Das fand alles noch vor dem Krieg statt. Viele Leiter der Nawalny-Stäbe wurden verfolgt oder sind ins Ausland geflohen. Die haben

im Moment eine juristische Person in Litauen, in Vilnius, und auch eine Stiftung in den USA.

Dann gibt es das Free Russia Forum, Forum Freies Russland. Das ist die Organisation, die unter anderem von Garri Kasparow ins Leben gerufen wurde. Das ist eine der ältesten russischen politischen Organisationen im Exil, weil Kasparow schon vor über zehn Jahren fliehen musste. Viele Leute, die aus Russland noch in friedlichen Zeiten fliehen mussten, sind irgendwann bei ihm gelandet.

Es gibt eine neue große Initiative, ursprünglich initiiert von den Leuten um Kasparow, aber auch Michael Khodarkowsky, das Anti-War Committee oder Antikriegskomitee. Da sind im Prinzip die meisten prominenten oppositionellen Politiker vertreten, auch die, die schon ihre Freiheitsstrafen verbüßen, so wie Wladimir Kara-Mursa. Er ist ein Mitglied im Antikriegskomitee, einer Dachorganisation für alle prodemokratischen, Anti-Kriegs-Russen. Man hat sich nach dem Ausbruch des Krieges unter dem Titel Antikriegsbewegung zusammengefunden. Dadurch sind auch die Farben entstanden, vielleicht als kleiner Kommentar, dieses weiß-blau. Denn die traditionellen russischen Farben sind wie bei Free Russia Foundation weiß-blau-rot. Das Rot als Blutstreifen hat man weggewischt. Das wurde zum Symbol der Protest- oder der Antikriegsbewegung seit 2022. Wenn Sie diese weiß-blau-weiße Fahne bei den Russen sehen: Das steht für diese Antikriegsbewegung.

Free Russia Foundation, auch eine große Organisation, die in Washington gegründet wurde, ein klassischer ausländischer Agent. Die wurden beide von Russen gegründet, haben verschiedene Programme in Russland selbst aufgesetzt. Nachdem sie als ausländische Agenten eingestuft wurden, mussten sie ihre Aktivitäten in Russland einstellen. Mittlerweile ist natürlich die ganze Welt deren Feld.

Wer ist Freies Russland NRW? Es heißt alles ziemlich ähnlich, wie Sie sehen. Antikriegskomitee, Forum Freies Russland, Free Russia. Wir sind auch Freies Russland. Was fällt einem auch sonst ein? Wir sind aber nicht direkt zugehörig. Wir haben nur gedacht, es gibt in Nordrhein-Westfalen noch kein „Freies Russland“, deswegen nennen wir uns so. Das war damals im Jahr 2021.

Unsere Ziele sind klar. Wir wollen Russland als wohlhabendes, demokratisches Land haben und ein friedlicher Nachbar sein. Ich lebe seit 20 Jahren in Deutschland. Man kann fragen: Wieso interessiert er sich für Russland? Erstens natürlich, in den 80er-Jahren, zu Zeiten der Perestroika war ich in der Opposition aktiv. Seit 91 habe ich mir gedacht: Es ist alles gut, Russland ist auf dem richtigen Weg. Und das war es. Nach mehreren Jahren kam 2021 der Auslöser, aktiv zu werden. Ich habe mich ein bisschen engagiert, aber so richtig aktiv mit Mitstreitern – wir haben eine Organisation gegründet –, das kam erst 2021.

Wir kämpfen – oder vielleicht, wie man von Deutschland aus sagt –, wir träumen vom Ende des Putin-Regimes. Aber wir versuchen natürlich, hier das zu tun, was aus Deutschland überhaupt möglich ist. Es sind ein paar Sachen, hoffentlich.

Erstens machen wir Kundgebungen. Wir sind aus dem Aktivistenmilieu entstanden, kann man sagen, aber wir machen das auch stellvertretend für die Russen, die das nicht mehr öffentlich machen können. Das bekommen wir ständig bestätigt. Wir gehen

für die, für uns und für sie – oder umgekehrt: für sie und für uns. Und sie danken uns, auch wenn es immer schwieriger wird, öffentlich Dankbarkeit zu zeigen. Es ist nicht nur politische Arbeit in Russland nicht möglich, auch Kommentare im öffentlichen Raum, in den sozialen Netzwerken. Je nachdem, was man geschrieben hat, aufgrund von Kommentaren kann man eine Geldstrafe oder bis zu 12, 15 Jahre Haft bekommen, wenn es um die russische Armee im Kontext des Ukrainekrieges geht.

Die Kundgebungen finden meistens in Nordrhein-Westfalen, Köln und Düsseldorf statt, aber wir haben auch schon was in Berlin organisiert, und das nicht nur einmal. Das Bild ist von 2021, wenn Sie sich erinnern können, das ist eine berühmte Figur von Jacques Tilly, Krieg zwischen den Beinen. Damals gab es noch Hoffnung, dass Nawalny Putin besiegen kann. Wir haben diese Figur von Jacques auch in Berlin aufgestellt im Rahmen eines großen Protestcampus. Ich zähle das vielleicht zu den lustigen Dingen.

Was machen wir sonst? Wir versuchen, Propaganda auch hier zu bekämpfen. Was heißt kämpfen; wir sind jetzt keine Medien in dem Sinne. Trotzdem: Durch unsere sozialen Medien sind wir schon zu einer Art davon geworden. Es gibt Menschen, auch Verwandte und Freunde von diesen Menschen, die vielleicht andere Meinungen teilen. Unsere Aktivisten versuchen schon – das ist nicht leicht und fast unmöglich –, mit den Menschen zu sprechen und so den bekanntesten Narrativen des Kremls zu widersprechen. Aber es ist eine lange Aufgabe. Das haben wir festgestellt. 20 Jahre sehr geschickter Propaganda kann man nicht durch kleine Küchengespräche aufheben. Da braucht man ein bisschen mehr Gegenpropaganda und Aufklärung, weil die Menschen total in ihren Vorstellungen, in dieser Weltanschauung verankert sind.

Das Bild hier unten war in Köln-Porz. Das ist ein Stadtteil in Köln, in dem sehr viele Russen und sehr viele pro-Putin Russen leben. Das waren natürlich harte Diskussionen. Oben ist das Bild vom Autokorso. Wir haben zu jedem Autokorso, der in Köln stattfand, immer auch Proteste organisiert. Die waren sehr enttäuscht, die dachten das sind die Deutschen oder Ukrainer. Als die erfahren haben, dass das die Russen waren, sagten sie: Nein, die Russen dürfen sowas nicht machen.

Wir versuchen, mit der Zeit einen gemeinsamen Plan für die demokratisch gesinnten Menschen in Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Es ist nicht leicht. Wenn sich jemand für die Politik nicht interessiert, auch wenn er vielleicht die gleichen Meinungen teilt, dann haben wir wenige Wege, auf uns aufmerksam zu machen – in den russischen Bubbles. Es gibt ein paar Zahlen. Unser Telegram-Kanal hat zum Beispiel 1.300 Follower. Zu populären Themen oder zu irgendwelchen Lebensproblemen, wo es um kleinere Sachen geht, sind das 10.000, 20.000. Man darf da zum Beispiel keine politischen Inhalte teilen. Die wollen sich wie in Russland nicht mit Politik befassen, nur mit Unterhaltung und vielleicht schönen Ratschlägen untereinander.

Wir versuchen, mit den Leuten, die zumindest von uns schon mal gehört haben, mehr Zeit zu verbringen und organisieren verschiedene Meetings, auch Diskussionen. Zuweilen gab es eine Diskussion, ob es überhaupt Sinn macht, sich irgendwie zu betätigen. Bei den Wahlen gibt es ja keine Wahl. Und dann kommen verschiedene prominente Oppositionspolitiker, da ist Wolkow auf dem Bild zu sehen, die rechte Hand von Alexei Nawalny. Im November war Wladimir Milow dabei, der auch ein Mitstreiter von Nawalny war. Er ist mittlerweile bei der Free Russia Foundation gelandet. Er war früher stell-

vertretender Minister für Energie, damals unter Boris Nemzow. Milow kommt aus dieser Zeit und ist auch längst in Vilnius. Dann kommen Leute aus dem Kulturbereich sind, etwa ein sehr bekannter Dokumentarist, auch ein Putingegner der ersten Stunde. Olga Romanowa von „Russland hinter Gittern“ ist eine der bekanntesten Menschenrechtsaktivisten und Unterstützer von Menschen, die verurteilt worden sind. Es war eine sehr große Organisation wie Russlands Amnesty International, die sich um die Belange von verhafteten oder zu Unrecht verurteilten Menschen gekümmert haben. Herr Fischman ist ein Fernsehjournalist von dem letzten unabhängigen Fernsehsender Doschd, die jetzt von Amsterdam aus arbeiten.

Wir versuchen, auch aufzuklären, wie Deutschland funktioniert, wie die Geschichte von Deutschland ist. Wenn wir Museen besuchen, sind das meistens nicht die Kunstmuseen – organisierterweise zumindest –, sondern Museen der deutschen Geschichte und andere Museen in NRW. Seit einem Jahr kümmert sich jemand regelmäßig darum. Das stößt auf sehr großes Interesse, weil unter anderem – vielleicht hätte ich das am Anfang sagen müssen – vertreten wir neben den Russen, die demokratisch denken, eine große Mischung. Denn es gibt ja Leute, die nicht aus politischen Gründen aus Russland ausgewandert sind, und es gibt Leute, die aus Russland in den letzten zwei, drei Jahren oder ganz frisch geflohen sind. Das sind Leute zum Teil, die auf Asylverfahren warten, weil sie als Kriegsdienstverweigerer nach Deutschland gekommen sind und jetzt hier versuchen, Fuß zu fassen, ganz unterschiedlich.

Eine wichtige Arbeit, um die Verbindung nach Russland nicht zu verlieren: Wir schreiben Briefe. Es gab gestern einen schönen Bericht darüber in der Lokalzeit. Dies sind jetzt Postkarten oder Briefe an die politischen Gefangenen. Trotz aller Einschränkungen ist der Schriftverkehr immer noch möglich. Die Briefe kommen an, wir bekommen Antworten, nicht von allen, nicht immer, aber es funktioniert. Und das ist eine kleine Leistung, um die Leute auch moralisch zu unterstützen.

Und da sind ein paar Bilder aus den Kundgebungen. Zu einem wollte ich explizit erwähnen: Freies Russland NRW hat in Berlin und Düsseldorf zusammen mit der Organisation von Nawalny eine Isolationshaftzelle nachgestellt. Nawalny wurde ja nicht einfach umgebracht. Er wurde die ganze Zeit während seiner Verhaftung regelmäßig gefoltert. Gefoltert heißt nicht, etwas wurde ihm unter die Nägel gesteckt, sondern er hat zwei Drittel seiner Zeit in Isolationshaft verbracht. Er konnte nicht normal mit Leuten kommunizieren. Da kann man nur anderthalb Stunden am Tag etwas anderes tun als stehen. Das ist eine Folter, insbesondere, wenn es ununterbrochen passiert.

Unter solchen Bedingungen war Alexei Nawalny lange Zeit, und unter solchen Bedingungen ist gerade Wladimir Kara-Mursa, der nächste Kandidat. Das ist der Name, den vielleicht nicht jeder kennt. Denn Alexei Nawalny wurde einmal vergiftet und dann verhaftet. Wladimir Kara-Mursa, aus dem anderen Flügel der Opposition, wurde zweimal vergiftet – nachgewiesen –, ist trotzdem zurück nach Russland gegangen, wurde natürlich verhaftet und hat mit den gleichen Bedingungen wie Nawalny zu kämpfen. Nawalny war die charismatischere Figur, deswegen ist er weltweit bekannter. Aber Wladimir Kara-Mursa leidet genauso, und man stellt mittlerweile fest: Das ist der nächste mögliche Kandidat, um entweder zu sterben oder getötet zu werden, je nachdem. Das haben

wir in Berlin und in Düsseldorf aufgestellt. Es war organisatorisch aufwendig, aber sehr interessant.

Wir versuchen auch, über die politischen Gefangenen aufzuklären. Hier sind ein paar Bilder von den Ausstellungen. Die letzte war letztes Jahr in Köln, „Gesichter des russischen Widerstandes“, wo einzelne Schicksale, einige Geschichten von Menschen exemplarisch dargestellt wurden.

Insbesondere am Anfang haben wir sehr viel Hilfe an die Ukraine geleistet. Wir waren sehr schnell dabei, als der Krieg gerade ausbrach. Es gab noch keine Strukturen, die das institutionell gemacht haben. Wir haben mit eigenen Mitteln LKW und Busse in die Ukraine geschickt und auf dem Rückweg sogar Flüchtlinge mitgenommen. Das waren zum Beispiel Medikamente.

(Der Redner zeigt einige Aufnahmen.)

Das ist aus einem anderen Bereich, diese Figur habe ich schon gezeigt. Damals war noch Hoffnung. Seit dem Ausbruch des Krieges werden wir sowas nicht mehr machen können. Aber wir haben mit dieser Figur Karneval noch Performances gemacht. Die Geschichte der Auseinandersetzung von Putin und Nawalny haben wir damals in Düsseldorf auf dem Marktplatz präsentiert, dann auch in Berlin. Das war nicht nur die Figur. Das war auch so eine Karnevalsgeschichte im rheinländischen Stil. Das andere Bild zeigt auf, wie Russlands Freiheit von Putin geklaut wurde.

Wir verbringen auch Zeit miteinander. Wir versuchen, auf die Politik aufmerksam zu machen. Ich danke Steffen Engstfeld, der mich heute eingeladen hat und der uns auch regelmäßig auf unseren Veranstaltungen und Kundgebungen unterstützt. Das ist uns sehr wichtig.

Wir vernetzen uns in Deutschland, wie gesagt. 2021 gründeten sich mehrere Organisationen. In Berlin, in München sind einige entstanden. Seit dem Ausbruch des Krieges im März, April sind noch weitere Initiativen in verschiedenen deutschen Städten entstanden. Mit vielen davon sind wir im ständigen Kontakt, mit einigen davon sind wir gerade dabei, eine Bundesvereinigung zu gründen. Das hat sehr lange gedauert, weil es um ein sehr breites Spektrum von feministischen und LGBTQ+-Organisationen geht. Es hat sehr lange Zeit gebraucht, um überhaupt die Inhalte abzustimmen, Manifeste, Satzungen und so weiter. Aber das ist auch eine Übung für die Russen, für einige davon, die später vielleicht zurück nach Russland kommen. Das ist auch eine der wichtigsten Missionen, die wir haben: Demokratie üben. Aber ich sage noch ein paar Worte dazu.

Presse: Leider wird über uns bei schlechten Ereignissen mehr geredet als zu normalen Zeiten. Aber das ist nachvollziehbar. Das sind jetzt die Zahlen in den sozialen Medien. Dann gibt es andere Netzwerke, in denen wir vertreten sind – ein informeller Zusammenschluss von verschiedenen Aktivistengruppen –, etwa Free Russians Global, wobei wir viele der Kundgebungen weltweit zusammen organisieren. Die letzten Jahre habe ich das koordiniert. Ich habe die weltweite Aktion für Nawalny und die weltweite Aktion am Jahrestag des Krieges koordiniert. Es war sehr zeitaufwendig, also mache ich das nicht mehr. Dieses Jahr machen das andere Kollegen, aber wir machen da trotzdem

mit und stimmen uns inhaltlich ab. Es gibt auch eine gemeinsame Webseite und, und, und.

Aber da geht es meistens um Aktivismus im Rahmen dieser Zusammensetzung. Es gibt auch eine Anti War Plattform. Das sind über 80 Organisationen sowohl in Deutschland als auch noch in Russland zum Teil, aus den verschiedensten Spektren. Die versuchen, die Stimme von prodemokratischen Russen zu institutionalisieren. Wir waren im letzten Sommer im Gespräch im EU-Parlament. Da gibt es eine Gruppe, die das jetzt übernimmt. Die wird geleitet von Andrius Kubilius, dem ehemaligen Ministerpräsidenten Litauens.

Er versucht, den Dialog mit der russischen Zivilgesellschaft im Exil und mit den russischen Exil-Oppositionspolitikern zu führen. Schwierig ist, dass es so viele Stimmen gibt, und jeder kommt und sagt, er vertrete die ganze russische Opposition, man müsse mit ihm reden. Man versucht, die Form zu finden, dass man eine einheitliche Stimme hat. Versuche, die durch Ernennung zu bekommen, wurden von vielen sehr negativ aufgenommen. Also richtige Wahlen in der Diaspora will man nicht.

Ich komme zum Ende. Ich wollte nur kurz zum Thema „Führung“ sagen, dass Julija Nawalnaja eine gute Chance hätte, das anzuführen. Wie gesagt, sie ist bekannt, diejenige, die einerseits ihren Mann unterstützt hat, andererseits ist sie nicht vorbestraft. Bei Nawalny gab es viele Leute, die etwas gegen ihn hatten und nicht mit allem einverstanden waren. Julija Nawalny hat in dem Sinne noch viele Möglichkeiten.

Und das sind die Aktionen, die wir jetzt gemeinsam machen. Im Januar gab es zum Jahrestag der Verhaftung von Alexei Nawalny ... Dieses Jahr ging es merkwürdigerweise weniger um das Thema Alexei Nawalny. Das Thema waren Wahlen und Russland ohne Putin. Das ist der Name der gesamten Aktion. Aber das Thema „Nawalny“ ist leider seit letzter Woche plötzlich zurückgekommen. 17. März – leider gibt es keine alternativen Kandidaten – ist der Stichtag für die russische Präsidentschaftswahl. Das war die letzte Initiative, die von Nawalny noch offiziell unterstützt wurde. Es war so, dass alle Russen um 12:00 Uhr in ihr Wahllokal kommen und dann gegen Putin abstimmen sollten. Es geht nicht um Wahlgewinn, die Wahl ist kontrolliert und manipuliert. Es gibt digitale Wahlen. Wenn analog etwas schief läuft, kann man das immer digital vervollständigen. Die Wahlen sind nicht legitim nach dem guten Standard.

Es gibt mehrere Gründe, wieso die als nicht legitim angesehen werden sollen. Da gibt es auch eine Petition an europäischen Instanzen. Die wurde auch im EU-Parlament besprochen. Wir würden uns freuen, wenn auch die Landespolitik mit unterstützt, dass die Legitimität des Regimes aberkannt wird. Es geht ja um Symbolpolitik. Damit wird man das Regime zwar nicht stürzen. Darüber muss man sich auch im Klaren sein.

Das zum Thema „Demokratie üben“. Die letzten Wahlen, bei denen es noch alternative Kandidaten gab, waren die Duma-Wahlen 2021. In Bonn befindet sich die größte ausländische Vertretung und auch das größte Wahllokal außerhalb von Russland mit sechs Wahllokalen auf einem Spot. Da haben wir Monitoring organisiert, exit polling betrieben. Wir können feststellen, dass im Russischen Generalkonsulat die Wahlen genauso gelaufen sind, wie sie mussten. Aber das ist nur ein kleiner Teil an Stimmen.

Da wird man irgendeiner Region zugeordnet. Da gibt es Leute auch in unserer Organisation, die sich mit den Wahlen dieses Jahr beschäftigen möchten. Ich habe das für mich, ehrlich gesagt, nicht zu meinem Thema gemacht.

Wir unterstützen, wie wir es mit unseren begrenzten Mitteln können, die Ukraine quasi militärisch. Nicht jeder ist dafür, das muss ich dazu sagen. Da gibt es immer Streitigkeiten, ob nur medizinische Hilfe oder Drohnen notwendig sind, auch ob wir nur Russen helfen sollen. Das ist immer ein Diskussionsthema. Aber wir versuchen, Bilanzen zu halten.

Das war ein sehr großes Projekt, gerade von unseren Kollegen aus den USA zum Beispiel. Man sieht: Es ist häufig so, dass das die ukrainischen Organisationen sind. Natürlich machen wir das gerne, aber das war eine prorussische demokratische Initiative. Deswegen haben wir die gerne unterstützt. Eine andere Initiative vor etwa einem Jahr, als Russland die ukrainische Infrastruktur bombardiert hat, befasste sich damit, Heizgeräte und Notstromgeräte zu liefern. Dafür haben wir auch gesammelt.

Neuigkeiten aus unseren Reihen: Am 21. Januar haben wir erfahren, dass wir eine unerwünschte Organisation sind. Das Putin-Regime kümmert sich auch um die Organisationen, die im Ausland mit Russland zu agieren versuchen. Wir sind, wie gesagt, nicht die einzigen. Das ist die Vorstufe, „unerwünschte Organisation“. Es gibt schon Risiken für die Leute. Wenn man unsere Tätigkeit in Russland aktiv unterstützt, dann macht man sich beim ersten Mal strafbar und bekommt eine Geldstrafe, beim zweiten Mal gibt es schon eine Freiheitsstrafe.

„Unerwünschte Organisation“ ist die niedrigste Stufe. Die nächste Stufe wäre dann die extremistische Organisation. Das ist das, was die Nawalny-Organisation zum Beispiel genossen hat. Von denen Unerwünschten gibt es 142. Ich habe aber nur die Liste aus Deutschland. Am 26.01. haben wir erfahren, dass das veröffentlicht wurde. Beschlossen, das haben wir später gesehen, wurde das noch im Dezember.

Wir möchten mehr über Russland und darüber berichten, wieso es so passiert ist. Es gibt eine Vorlesungsreihe dieses Jahr, falls jemand Interesse hat. Darüber werden wir informieren. Wir unterstützen die Leute, die nach Nordrhein-Westfalen kommen. Wir wollen unsere Community stärken. Es gibt viele Menschen in Deutschland, um die man sich theoretisch kümmern kann. Natürlich sind nicht alle Gleichgesinnte, aber es gibt für uns alle etwas zu tun, vor allem, weil wir das alles ehrenamtlich machen. – Danke schön.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ganz herzlichen Dank. Ich glaube, wir haben alle noch mal das eine oder andere gelernt. Danke für die Einschätzung und für den Input.

Es gibt jetzt die Möglichkeit, sich zu Wort zu melden. – Davon hat als Erster der Abgeordnete Kollege Yüksel für die SPD-Fraktion Gebrauch gemacht, der jetzt auch das Wort hat.

Serdar Yüksel (SPD): Herr Nikitin! Ganz herzlichen Dank auch im Namen der SPD-Fraktion für Ihren Bericht. Uns würden drei Aspekte interessieren.

Sie haben gerade beschrieben, dass diejenigen, die sich aktiv einbringen, sich durchaus auch einer Bedrohungssituation aussetzen. Gibt es bei Angehörigen derer, die hier aktiv sind, solche Bedrohungssituationen? Wir haben den Fall eines türkischen Wissenschaftlers zum Beispiel, der hier in Essen lebt, dessen Eltern in der Türkei vom Geheimdienst aufgesucht worden sind. Gibt es solche Bedrohungssituationen und Repressalien gegen diejenigen, die dort aktiv sind? Das geht ja hin bis zum Tiergartenmord, den wir in Berlin erlebt haben. Da wird vor nichts zurückgeschreckt.

Die andere Richtung wäre: Natürlich hat sich das Russlandbild leider in der Gesellschaft geändert. Diejenigen, die sich für Demokratie und Recht einsetzen, stehen auch unter einem Ressentiment. Mich würde interessieren: Haben Sie auch Anfeindungen in der Gesellschaft hier? Wie nimmt man Ihre Arbeit hier wahr, obwohl Sie sich für ein anderes Russland einsetzen?

Der besondere Punkt, der uns interessieren würde, ist die Einflussnahme. Wenn ich mit Russlandstämmigen, Russischsprechenden spreche, dann stelle ich fest, dass sie sehr häufig auch Medien konsumieren, die nicht für eine gute, plurale Berichterstattung stehen. Die gucken immer noch Viju, Russia Today und viele andere Dinge. Da werden Narrative verbreitet, die auch im Internet mit aufgesogen werden. Wie schätzen Sie diese Deepfakes oder Lügenkampagnen ein, die auch nach Deutschland getragen werden?

Der dritte Aspekt: Wir haben 3.000 Deserteure, die in Deutschland einen Asylantrag gestellt haben. 55 von denen haben eine Anerkennung bekommen. Ich bin auch Vorsitzender des Petitionsausschusses und habe einige Ablehnungen von Deserteuren oder Kriegsdienstverweigerern gehabt, wo die Haltung auch war: Die müssen ihren Wehrdienst in Russland leisten. Das gehört zu den nationalen Pflichten eines jeden Russen. Daraus leitet sich kein Asylrecht ab. Man muss auch mal sagen, dass wir uns da mit unserer Haltung im Widerspruch befinden, einerseits aufzurufen, an den kriegsrischen Auseinandersetzungen nicht teilzunehmen, zu desertieren, und wenn sie dann hier sind, den Asylantrag abzulehnen und zu sagen: Wir schicken euch wieder zurück. Auf die Frage „wohin denn?“ und „wie?“ haben die gesagt, ja, über Istanbul gibt es ja Flüge, das wäre überhaupt kein Problem. Man könnte auch russische Staatsbürger abschieben.

Das passiert auch in Nordrhein-Westfalen. Ich würde hier kritisch anmerken, dass diese Personengruppe, die sich dem Kriegsdienst entzieht und hier einen Asylantrag stellt, nicht gesichert hierbleiben kann. Das will ich zumindest einmal kritisch in unserer Runde sagen. Wer den Mund da spitzt, muss am Ende auch pfeifen. Da muss es auch eine Perspektive für die Menschen geben, die aus Russland hierhinkommen.

Yuri Nikitin (Freies Russland NRW): Ich folge mal Ihrer Reihenfolge, danke für die Fragen. Die Risiken, wie gesagt, die gibt es immer. Die sind jetzt nicht mit Risiken von den Personen an der Spitze zu vergleichen. Fälle aus mir bekannten Kreisen, dass die Verwandtschaft schon leiden musste, gibt es nicht. Das heißt nicht, dass es nicht irgendwann kommt. Vor einem halben Jahr waren viele Sachen noch nicht vorstellbar, die heute zur Praxis gehören. Es spitzt sich natürlich zu. Ausschließen kann man das nicht.

Meine Eltern sind in Deutschland. Das betrifft jetzt auch die andere Gruppe, die Sie angesprochen haben. Sie sagen jetzt, Medienkonsum und so weiter: Es ist schwierig. Die Leute sind mit der sowjetischen Mentalität hier eingewandert und haben die ganze Zeit die russischen Medien konsumiert, und zwar richtig konsumiert.

Ich habe nicht die Angewohnheit, viel fernzusehen, aber in vielen russischsprachigen Familien läuft der Fernseher ständig. Nur, wenn sie schlafen ist es aus. Das ist bei vielen russischsprachigen Familien so. Da bekommt man natürlich die Botschaften so richtig tief ins Gehirn verwurzelt. Deswegen braucht man schon eine geschickte Arbeit mit Blick auf diejenigen, bei denen es sich lohnt. Ich würde die älteren Menschen ausschließen. Aber die jüngeren Menschen kann man durch Integrationsmaßnahmen, durch Aufklärung und Medienkompetenz erreichen. Und das passiert nicht von alleine. Man hat zum Beispiel versucht, russische Fernsehsender abzuschalten. Aber, wie Sie sagten: Im Internet kann man trotzdem alles sehen.

Bezüglich Asylrecht: Ich hatte da ein paar Gespräche ganz am Anfang, als die deutsche Politik sagte: Kommt, wir behandeln euch im Rahmen unseres Aufenthaltsgesetzes, und das wird funktionieren. Und weil das so lange dauert, konnte man erst nach einem halben Jahr sehen, dass es nicht funktionierte. Bis dato war das Thema nicht auf dem Schirm, weil sich keiner dafür interessiert hat. Aber das ist tatsächlich ein Problem. Und der Vorschlag nicht nur von uns war, dass man zumindest denen – und das sind jetzt nicht Tausende, man kommt nach Deutschland nicht mehr so einfach rein – Asyl gewährt, die sich gegen Putin oder zumindest den Krieg nicht äußern konnten, oder auch denen, die desertiert sind. Es gibt immer Leute, die sagen, okay, ich nutze diesen Anlass vielleicht, um in Deutschland Sozialleistungen zu bekommen und mich den Problemen in Russland zu entziehen. Da würde ich schon unterscheiden.

Das sind um die 3.000, die den Antrag auf Asyl gestellt haben, und 2.000 Menschen, die ihre Visa aus humanitären Gründen bekommen haben. Die haben Asyl bekommen, obwohl es auch sehr lange gedauert hat. Anträge gab es viel mehr. Das war auch Teil unserer Aufgaben, wir haben mit den Leuten kommuniziert. Manche kannten wir. Dann mussten wir auch Briefe zu deren Unterstützung schreiben. Das war auch Teil unserer täglichen Arbeit.

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD): Vielen Dank, Herr Nikitin, für Ihre Ausführungen. Ich muss ein bisschen ausholen für meine Frage. Und zwar geht es um Wissenschaft. Sie haben gerade auch die jungen Leute angesprochen. Wir machen zwar keine Außenpolitik, wir sind ja Länderparlament, aber wir beschäftigen uns auch mit Wissenschaft.

Es gibt ein Netzwerk, das heißt CONRIS. Dem gehören Hochschulen aus ganz Europa an, die Studiengänge aus den Bereichen „Risikostudien“ und „Sicherheitsmanagement“ anbieten. Da hat man die Finanzuniversität in Moskau 2020 hinzugeholt. Wenn ich richtig informiert bin, ist das die Universität, an der Herr Nawalny auch studiert hat. Im Zuge des Angriffskrieges auf die Ukraine 2022 hat man diesen Kanal zugemacht. Ich kann mich noch gut daran erinnern; die Russen waren sehr interessiert an der Kooperation.

Das hat ja auch negative Auswirkungen. Für die Russen war es sicherlich ein Prestigegewinn, aber die Studenten konnten dann nicht nach Deutschland oder auch nicht nach Belgien kommen. Man hat dieses Fenster geschlossen.

Jetzt ist meine Frage: Sollte man wieder solche Kontakte aufbauen? Und wenn, wann sollte man das tun?

Yuri Nikitin (Freies Russland NRW): Die Antwort auf die Frage lautet: Natürlich sollte man die aufbauen, aber meines Erachtens erst nach dem Sturz des Putin-Regimes, auch durch Kooperationen. Ich habe die ganze Zeit, auch hauptberuflich davor versucht, die Beziehungen zu Russland und zu vielen ehemaligen sowjetischen Ländern zu pflegen. Aber das soll nur da stattfinden, wenn tatsächlich alle dasselbe Spiel spielen.

Es wäre, glaube ich, von Seiten Russlands sowieso schwierig, die Leute nach Deutschland zu schicken, weil die dann direkt verdächtigt würden, dass sie für Deutschland spionieren. Es ist schon fast wie in der 30er-Jahren in der Sowjetunion unter dem Stalin-Terror, noch nicht so weit, aber es geht definitiv in diese Richtung.

Viele Kooperationsbeziehungen wurden gebrochen, spätestens seit dem Ausbruch des Krieges. Da muss man erst mal politisch die anderen Wege für Kooperationen finden, nach dem Krieg dann kulturell und bildungswissenschaftlich.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ich habe noch eine Wortmeldung von Herrn Dr. Kaiser von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Mit Blick auf die Uhr, wenn jetzt keiner drängelt, würde ich dann auch da einen Strich machen und in der Tagesordnung weitergehen.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Herr Vorsitzender, ich wusste schon, dass Sie aufgrund der Zeit ein bisschen nervös werden. Deswegen habe ich mich auf eine Frage beschränkt, eine sehr kurze.

Sie haben gerade davon gesprochen, Herr Nikitin, dass Sie sich deutschlandweit mit den Organisationen vernetzen und dass das ein sehr mühsamer Prozess gewesen ist. Gibt es auch eine europäische Vernetzung, dass sozusagen noch mehr Organisationen im Hintergrund sind, um insbesondere auch die Social-Media-Arbeit und ähnliches zu verstärken, eine größere Resonanz zu erwirken?

Yuri Nikitin (Freies Russland NRW): Ja, das versuchen wir tatsächlich. Ich habe die Antikriegsplattform genannt. Die ist paneuropäisch. Da sind über 80 Organisationen und auch einzelne Personen vertreten. Das versuchen wir. Die Kooperationen und Kontakte wurden sehr schnell aufgebaut. Ich habe mich gewundert, wie schnell das alles geht.

Natürlich ist es schwierig, dann konkrete Projekte umzusetzen, konkrete Sachen zu koordinieren. Manchmal streitet man sich auch ideologisch. Das sind alles verschiedene Leute aus verschiedensten politischen Ecken und Lebenserfahrungen. Aber es finden schon mehrere parallele Prozesse statt. Es ist nicht nur eine Organisation. Die bundesweite Organisation habe ich auch erwähnt.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank. – Dann sind wir am Ende des Tagesordnungspunktes. Danke, Herr Nikitin, für Ihre Ausführungen.

Yuri Nikitin (Freies Russland NRW): Danke für die Einladung.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Viel Erfolg weiterhin. Wir machen weiter in der Tagesordnung. Sie können gerne der Ausschusssitzung beiwohnen. Wir haben auch Verständnis, wenn Sie uns verlassen und sich anderen Dingen wieder zuwidmen.

3 Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich: mehr Substanz, weniger Marketing!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4589

Ausschussprotokoll 18/412 (Anhörung am 10.11.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Klimaschutz und Energie am 14.06.2023)

Vorsitzender Stefan Engsfeld merkt an, am 12. Januar 2024 habe der Ausschuss die Anhörung ausgewertet. Das Votum des mitberatenden Ausschusses liege mittlerweile vor. Er empfehle mehrheitlich die Ablehnung des Antrags.

Inge Blask (SPD) verweist auf die Auswertung der Anhörung in der letzten Sitzung. Die Sachverständigen hätten deutlich gemacht, dass eine Repräsentanz notwendig sei. Die Schwerpunkte, die die Sachverständigen dargestellt hätten, sollte man sich noch einmal ansehen. Das könne sie auch der Landesregierung empfehlen. Sie bitte um Zustimmung zu dem Antrag.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von FDP und AfD ab.

4 Freiheit und Menschenrechte weltweit: NRW-Förderung für verfolgte, internationale Studierende

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5424

Ausschussprotokoll 18/458 (Anhörung am 12.01.2024)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – sowie an den Wissenschaftsausschuss am 24.08.2023)

Vorsitzender Stefan Engstfeld gibt an, inzwischen liege das Votum des mitberatenden Wissenschaftsausschusses vor. Der Ausschuss empfehle mehrheitlich die Ablehnung des Antrags.

Dr. Werner Pfeil (FDP) verweist auf die Anhörung. Nach wie vor glaube er, dass dieser Antrag richtig und sinnvoll sei. Er werbe um Zustimmung.

Romina Plonsker (CDU) führt aus, die Anhörung sei sehr spannend gewesen. Sie habe es als sehr interessant empfunden, die Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger hierhinzuholen. Nun gebe es viele Programme, auch Programme, die sich überlappen würden. Deshalb müsse man immer darüber nachdenken, ob es passe oder nicht.

Sie habe das Beispiel bezüglich der jungen Dame aus Afghanistan sehr treffend gefunden, wozu der Vertreter der Alexander von Humboldt-Stiftung deutlich gesagt habe, für dieses Programm müsse es auch eine Studierbefähigung geben. Alle seien sich einig gewesen, dass das für ein Stipendienprogramm für Studentinnen und Studenten sehr wichtig sei. Die Sachverständigen hätten deutlich gemacht, dass sie das viel breiter anlegen wollten, nämlich alle Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger zu schützen. Diesen Aspekt wolle sie herauspicken. Sie denke, dass dieser Aspekt nicht in dem Programm dargestellt werde.

Das sei nicht der ursprüngliche Grund der Ablehnung ihrer Fraktion, sondern die Überlappung und Vielfältigkeit der Programme und die aktuelle Haushaltslage.

Bei dem einen Punkt sei ihr klar geworden, wie breit und wie facettenreich die Arbeit der Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger sei und dass man gut aufpassen müsse, wen man da fördere und wen man nicht fördere.

Serdar Yüksel (SPD) schickt voraus, der Antrag habe trotz einiger Schwächen die Unterstützung seiner Fraktion. Die Anhörung habe viele Aspekte beleuchtet. Die Diskussion sei aufgrund des Antrages in der Anhörung umfassend gewesen. Insbesondere seien die Programme vorgestellt worden. Niemand habe in der Anhörung gesagt,

das sei alles ausreichend, etwa die Anzahl der Programme oder die Quantität der Stipendien. Die Anzahl der Stipendien, die vergeben worden seien, sei unzureichend. Das sei von allen in der Anhörung gesagt worden. Um Doppelungen zu vermeiden, sollten Synergieeffekte genutzt werden.

Insbesondere sollten bei den Auswahlkriterien – das sehe auch seine Fraktion so – nicht bestimmte Gruppen oder die akademische Leistungsfähigkeit in den Vordergrund gestellt werden, sondern der Aspekt der Menschenrechtsverteidiger sollte im Vordergrund stehen. Es sei wichtig, dass die Schutzbedürftigkeit höher gewichtet werde als die akademischen Programme.

Die Erfolgsaspekte müsse man klar definieren, je nachdem, welches Ziel das Programm habe, Bedrohungssituationen und anderes. Wenn man sich die Zahlen vergegenwärtige, wie viele Menschenrechtsaktivisten in den letzten Jahren getötet worden seien, und man hier immer über Menschenrechte, Freiheit und Demokratie rede, dann sollte man, wenn es konkret werde, nicht sagen, die Haushaltslage – so habe es Frau Plonsker gerade angeführt – oder andere Gründe sprächen dagegen.

Der Antrag sei durch die Anhörung erweitert worden, klarer geworden. NRW hätte mit Verknüpfung zum Hilde Domin-Programm oder auch der Schwarz-Initiative mit dem DAAD und anderen etwas machen können. Dass man das nicht tue, finde er bedauerlich. Seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD) merkt an, seine Fraktion stehe dem Antrag positiv gegenüber. Er denke etwa an die Frauen in Afghanistan, die seit 2021 nach der Machtergreifung der Taliban kaum noch Chancen hätten, sich zu qualifizieren. Nichtsdestotrotz sei es die Position seiner Fraktion, dass es viele ähnliche Programme und Projekte gebe, was die Anhörung auch gezeigt habe. In letzter Konsequenz habe das Land nur eingeschränkte Ressourcen. Seine Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE) bezeichnet die Anhörung als sehr spannend. Er habe viel dazugelernt, glaube aber – Herr Yüksel habe es schon angesprochen –, dass deutlich geworden sei, dass Parallelstrukturen vermieden werden sollten. Die regierungstragenden Fraktionen hätten letztes Jahr im Oktober die Landesregierung beauftragt, adäquate Rahmenbedingungen für bedrohte Menschenrechtsverteidigerinnen zu prüfen und zu schauen, wie das Land reagieren könne. Die Landesregierung sollte mit einschlägigen Organisationen, Initiativen und Stiftungen in den Dialog treten, um zu prüfen, welche Möglichkeiten geschaffen werden könnten. Er denke, somit sei die Grundlage gelegt. In dem Antrag würden wiederum Doppelungen geschaffen. Deswegen werde seine Fraktion den Antrag ablehnen.

Dr. Werner Pfeil (FDP) schickt voraus, ihm sei klagewesen, dass dieser Antrag aus unterschiedlichen Gründen abgelehnt werde. Alle eine hier, dass man die Anhörung gut gefunden habe. Alle eine, dass man gesehen habe, dass hinsichtlich Menschenrechtsverletzungen etwas getan werden müsse. Von daher sei die Entscheidung bedauerlich, hinterher doch gegen den Antrag zu stimmen, weil möglicherweise Parallelstrukturen

aufgebaut werden könnten, die er so nicht sehe, die im Übrigen vermieden werden könnten, wenn man dem folge, was die Sachverständigen gesagt hätte.

Er sehe die Zwänge bei den Mehrheitsfraktionen, das so zu machen, und hoffe darauf, dass der Weg gegangen werde, wie Herr Dr. Kaiser das gerade gesagt habe, dass von Seiten der Landesregierung etwas unternommen werde, um hier stärker aktiv zu werden. Die Notwendigkeit bestehe. Das hätten alle angehörten Sachverständigen auch bestätigt.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

5 Wohlstand mit Anstand – Faire Lieferketten und nachhaltige öffentliche Beschaffung auch in NRW

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/7750

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat und Kommunales, an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 24.01.2024)

Inge Blask (SPD) beantragt namens ihrer Fraktion eine Anhörung mit jeweils zwei Sachverständigen pro Fraktion.

Der Ausschuss beschließt, am 14. Juni 2024 von 10:00 Uhr bis 12:30 Uhr eine Anhörung durchzuführen.

6 Bericht über den Ausschuss der Regionen

In Verbindung mit:

Ausschuss der Regionen (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2286

StS Dr. Mark Speich (MBEIM) verweist auf den schriftlichen Bericht. In dem Bericht werde auf die Stellungnahme eingegangen, den er im Ausschuss der Regionen zum Thema „Aktive Subsidiarität: ein Grundprinzip der EU-Agenda für bessere Rechtsetzung“ erarbeite. Inzwischen hätten die ersten Gespräche mit den sogenannten Stakeholdern sowohl im Europäischen Parlament wie auch mit Experten stattgefunden.

Er könne ergänzend ausführen, dass diese Stellungnahme auf größtes Interesse stoße, weil sie nicht nur Bilanz über die Arbeit zur Aktiven Subsidiarität ziehe, die im Ausschuss der Regionen in der laufenden Legislaturperiode vorgenommen werde, sondern im Grunde schon die Brücke in die nächste Legislatur baue, wobei das Thema der besseren Rechtsetzung, der aktiven Subsidiarität – aktive Subsidiarität heiße nicht Demarkation, sondern Mitgestaltung aus der regionalen Erfahrung und Umweltsetzungsperspektive – größte Aufmerksamkeit sowohl im Europäischen Parlament wie auch in der Europäischen Kommission finde, womit auch die Rolle NRWs im institutionellen Gefüge der Europäischen Union gestärkt werde.

7 Folgen der EU-UK-Vereinbarung zu Horizont Europa für Nordrhein-Westfalen
(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 4])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2281

Josef Neumann (SPD) bedankt sich für den Bericht, der die Situation beschreibe. Der Minister verweise auf die Hochschulfreiheit. Die Hochschulen bestimmten ihre Arbeit selber. Das entbinde das Land nicht, im Rahmen der eigenen Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit etwas zu tun. Das heiße, die Hochschulen seien das eine, das Land sei das andere. Das Fenster, das sich im Bereich von Hochschule und Forschung Richtung Vereinigtes Königreich leicht öffne, sollte man nutzen. Er frage, ob es tatsächlich so sei, dass man sich nur auf die Hochschulfreiheit begrenze und dass man nicht selbst auch Aktivitäten in diesem Bereich entwickeln wolle.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) betont, die Landesregierung ziehe sich nicht auf die Hochschulfreiheit zurück – ganz im Gegenteil. Die nächste Lenkungsausschusssitzung sei ganz unter das Thema „Forschung und Universität“ gestellt worden. Insofern werde man sich gemeinsam mit der Botschafterin und dem Generalkonsul damit beschäftigen. Es gehe nur darum, dass man in der konkreten Ausgestaltung berücksichtigen müsse, dass die Hochschulfreiheit da Grenzen setze. Die Vorstellung, dass das mechanistisch seitens der Landesregierung gesetzt werden könne, sei falsch.

Herr Neumann habe recht, man müsse schauen, dass man nicht nur bei Schülern und Studierenden den Austausch befördere, sondern auch bei Forschenden und Lehrenden. Sonst komme man irgendwann an ein Ende. NRW selber habe auch ein großes Interesse daran, mit den Top-Universitäten nicht zuletzt aus Großbritannien in einem engen Austausch zu stehen.

Er schlage vor, dass er, wenn die Lenkungsausschusssitzung stattgefunden habe – der Termin im April sei seitens der Briten infrage gestellt worden –, anschließend im Ausschuss berichte.

Vorsitzender Stefan Engstfeld hält fest, dann komme die Landesregierung von sich aus auf den Ausschuss zu.

8 Bewertung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission für das Jahr 2024 im Lichte der Europapolitischen Prioritäten der Landesregierung
(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2290

Inge Blask (SPD) findet es schwierig, dass der Bericht erst am 22. Februar um 14:32 Uhr vorgelegen habe. Das sei mit Blick auf die vereinbarten drei Tage einfach zu kurz. Sie bitte die Landesregierung, die Berichte möglichst früher zu schicken.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) kann das verstehen. Er würde vorschlagen, wenn Interesse bestehe, könnte man den Bericht noch einmal zu einem späteren Zeitpunkt erörtern.

(Inge Blask [SPD]: Das kann man dann in der März-Sitzung tun.)

9 Europaministerkonferenz am 13./14. März 2024 *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2293

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/2293 zur Kenntnis.

10 10. Gipfeltreffen der Regionen und Städte in Mons, 18./19. März 2024 (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2287

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/2287 zur Kenntnis.

11 Rolle der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in den zukünftigen entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2294

Serdar Yüksel (SPD) hält fest, bei jeder Sitzung, bei jeder europapolitischen Veranstaltung werde die Wichtigkeit der kommunalen Einbindung in diesen Prozess betont. Es sei aus seiner Sicht nicht richtig, wenn die Gelder für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit gekürzt würden. Es komme auf die Kommunen in diesem Prozess an.

Bekannt sei, dass es in den Kommunen auch Haltungen gebe, dass eine gewisse Fremdbestimmung gesehen werde. Ohne die Einbindung der Kommunen werde man die Akzeptanz Europas nicht stärken können. Die Ablehnung aller Anträge der SPD-Fraktion, insbesondere zur Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und der entwicklungspolitischen Gesichtspunkte, sei aus Sicht der SPD-Fraktion falsch. Er wünsche sich zukünftig eine Unterstützung, insbesondere der Städtediplomatie, um diesen Passus noch einmal zu kürzen. Man sehe die Haushaltssituation, dass auch Prioritäten gesetzt werden müssten. Man dürfe aber das Kind nicht mit dem Bade ausschütten.

Er sehe, dass ein wichtiger Pfeiler der europapolitischen Arbeit, insbesondere die Unterstützung der Kommunen, wegfallen würde. Da würde man sich wünschen, dass zukünftig ein anderes Augenmerk darauf gesetzt werde.

Dr. Günther Bergmann (CDU) meint, der Vorredner habe gerade Dinge vermischt, die nicht vermischt werden dürften. Er habe Sympathie für Teile der Argumentation. Eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit finde nicht im Rahmen Europas statt. Das Argument, man müsse Europa auf kommunaler Ebene stärken, mit dem Argument zu verquicken, man müsse die entwicklungspolitische Zusammenarbeit der Kommunen stärken, könne er so nicht stehenlassen. Das seien zweierlei Paar Schuhe.

Dass man alles dafür tun müsse, dass Städtepartnerschaften in Europa gestärkt werden müssten, darüber habe man schon an anderer Stelle hier gesprochen. Das sei alles richtig, auch dass man da einen Generationenbruch habe, der dazu führe, dass es viele Städtepartnerschaften zukünftig nicht mehr geben werde, zumindest nicht in der Form, wie man es gewohnt sei. Dass das ein Defizit auf europäischer Ebene sei, sei völlig unbestritten. Da müsse man über Wege nachdenken. Das aber unter dem Tagesordnungspunkt zu subsumieren und dann noch mit entwicklungspolitischen Argumenten zu kommen, das sei zu kurz gesprungen und vermische Dinge, die nicht zusammengehören würden.

12 Verschiedenes

Vorsitzender Stefan Engstfeld verweist auf die Anhörung des Ausschusses am 8. März 2024 zu dem Antrag der FDP-Fraktion „Den europäischen Katastrophenschutz durch NRW-Initiativen stärken – Nordrhein-Westfalen muss sein Schweigen brechen und weiter europäische Solidarität zeigen!“ Drucksache 18/6365. Die Anhörung finde um 10:00 Uhr statt.

Er weise darauf hin, dass sich die Obleute darauf verständigt hätten, an der Woche der Menschenrechte 2024 zu partizipieren, und zwar in einer Sondersitzung des Ausschusses am 29. November 2024, um 10:00 Uhr.

gez. Stefan Engstfeld
Vorsitzender

4 Anlagen

15.03.2024/19.03.2024

BOTSCHAFT VON
BELGIEN IN
DEUTSCHLAND





Rotierende Präsidentschaft des Rates der EU





Kontext

13 Belgien übernimmt zum 13. Mal die rotierende Präsidentschaft
Seit 1958 hat sich viel verändert
Schicksal Belgiens mit der EU Verknüpft



EU steht an einem **Scheideweg**



Der illegale Überfall Russlands auf die Ukraine, die Pandemie, die Energiekrise, Falschinformationen, Klimakatastrophen, Konflikte im Nahen Osten ...



Den jetzigen institutionellen Zyklus abschließen



Die Eingliederung der Strategischen Agenda 2024-2029
Unterstützen + Blick auf die weitere Zukunft



Das belgische Halbjahresprogramm

- Übernimmt einen Großteil der Prioritäten
 - ➔ Der Ratsvorsitz soll ein fairer Vermittler oder “*honest broker*” sein: Er soll bestimmen was machbar ist und wo man Kompromisse gefunden werden sollen.
- Die Art und Weise des Programmes ist inhärent belgisch:
 - ➔ Verteidigung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Einigkeit
 - ➔ Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit
 - ➔ Eine Grüne und Gerechte Entwicklung
 - ➔ Verstärkung unserer sozial- und Gesundheitspolitik
 - ➔ Der Schutz von Menschen und Grenzen
 - ➔ Förderung eines globalen Europas



1

**Verteidigung von
Rechtsstaatlichkeit
Demokratie und Einheit**

Wichtige Dokumente

- Konsolidierung der Mechanismen zur Überwachung und Durchsetzung **Rechtsstaatlichkeit** (Artikel 7, Haushaltskonditionalität, Dialog und Begutachtung)
- **Europäischer Aktionsplan für Demokratie**
- Intern Institutionelles **EU-Ethikgremium**
- **Die Zukunft Europas: Erweiterung und Reformen**

Wichtige Dokumente

- **Binnenmarkt stärken, Liefer- und Versorgungsketten diversifizieren, Energieunabhängigkeit sicherstellen**
- **Halbzeitüberprüfung des MFR**
- **wirtschaftspolitischen Steuerung**
- **Bankenunion und Kapitalmarktunion**
- **Abschluss des Trilogs zum Net-Zero Industry Act, Verhandlungen Critical Raw Materials Act**
- **die EU braucht einen new Industrial Deal**
- **Folgemaßnahmen zum Letta Bericht über den Binnenmarkt & Draghi Bericht über die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit**

2

**Stärkung unserer
Wettbewerbs-fähigkeit**

3

**Eine Grüne und
Gerechte Entwicklung**

Wichtige Dokumente

- Abschluss des Green Deal & Fit For 55, einschl.
 - › Richtlinien zur Energieeffizienz (EED)
 - › Richtlinien zu erneuerbaren Energien (REDIII).
 - › CO2 Standards für schwere Nutzfahrzeuge
- Klimaziel für 2040

Wichtige Dokumente

- **A) Im sozialen Bereich:** Europäischen Säule sozialer Rechte weiter vertiefen
 - › **La Hulpe** Konferenz über die künftige Sozialagenda der EU
 - › **soziale Dimension in die Europäische wirtschaftspolitische Steuerung**, um soziale und Strukturelle Investitionen zu ermöglichen
- **B) Im Gesundheitsbereich**
- **Stärkung der Gesundheitsunion**
 - › **Binnenmarktes** für Arzneimittel
 - › attraktiven Rahmens für die **Forschung**, Entwicklung und Herstellung von Arzneimitteln
 - › **Allianz** für kritische Arzneimittel

4

**Verstärkung unserer
sozial- und
Gesundheits-politik**

5

**Der Schutz von
Menschen und
Grenzen**

Wichtige Dokumente

- Asyl- und Migrationspakt & externe Dimension von Migration
- Schengener Grenz Codex
- Der Kampf gegen das organisierte Verbrechen, Terrorismus und gewalttätigem Extremismus
- Gewaltdelikte aufgrund von Geschlecht beenden
- Umsetzungen des Strategischen Kompasses
- Konsolidierung der industriellen und technologischen Verteidigungsgrundlage der EU

Wichtige Dokumente

- Implementierung Europäischen Friedensfazilität, Global Gateway, Handelsabkommen
- Partnerschaft mit Afrika
- Weiterverfolgung der Situation im Nahen Osten
- Aufrechterhaltung der politischen, wirtschaftlichen, militärischen, humanitären und rechtlichen **Unterstützung für die Ukraine**, solange wie es nötig ist
 - > einschl. Rekonstruktion und wirtschaftliche Erholung
 - > Hinwirken auf eine Einigung im Rat über das eingefrorene russische Vermögen

6

Förderung eines
globalen Europas

Schützen, Stärken, Vorausschauen



Eine gemeinsame Investition

1. Eine gemeinsame Anstrengung, sowohl auf föderaler Ebene als auch auf Ebene der föderierten Entitäten
2. Participative Prozesse



Bürgergremium der Präsidentschaft

Beitrag zur Begründung einer europäischen Bürgerdynamik

- 60 zufällig ausgewählte belgische Bürger
- **3 Wochenenden:** Februar 24 & 25, März 23 & 24 & April 20 in 21, 2024
- Zum Thema **Künstliche Intelligenz** und ihre Auswirkungen auf die Zukunft der europäischen Gesellschaft



Lokale Veranstaltungen zur Beteiligung

In Mechelen, Gent, ...



**Vielen Dank für ihre
Aufmerksamkeit**





Für ein freies demokratisches Russland!

Yuri Nikitin

Ausschuss für Europa und Internationales

22. Februar 2024



**FREIES
RUSSLAND
NRW**

Agenda

- 1 Wer sind wir?**
- 2 Was wollen wir?**
- 3 Wofür stehen wir?**
- 4 Was machen wir?**
- 5 Was haben wir vor?**

Politische Landschaft in Russland

1. Von eingeschränkter Demokratie zum Autoritarismus und nun Totalitarismus

„Die Präsidentenwahlen“

2. Unterdrückung jeglicher politischen Opposition

„Strafanzeige, Verhaftung, Langjährige Haftstrafen, Ermordung

3. Zivilgesellschaft unter Druck

„Ausländische Agenten, unerwünschte oder extremistische Organisationen “

4. LGBTQ+-Verfolgung

Zuerst „Propaganda für nichttraditionelle sexuelle Beziehungen bis zu Verfolgung von LGBTQ+-

5. Einschränkung der Pressefreiheit

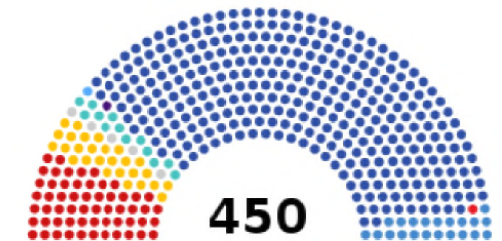
Nur Online, die größten unabhängigen Medien längst im Exil

6. Exil als letztes Mittel für Dissidenten: Angesichts der repressiven politischen Umgebung haben sich viele Oppositionelle, Aktivisten und unabhängige Journalisten entschieden, ins Exil zu gehen. Von außerhalb Russlands versuchen sie, ihre Arbeit fortzusetzen und auf die Situation in ihrer Heimat aufmerksam zu machen.

Politische Landschaft in Russland

- **Einiges Russland** 238
- **Kommunistische Partei** 92
- **Gerechtes Russland** 64
- **Liberal-Demokratische Partei Russlands** 56

Mehr Parteien als Fraktionen



Außerparlamentarische Opposition: Jabloko, Progress-Partei...

Insgesamt: 25

Politische Landschaft in Russland

- **Anti Corruption Foundation (ex. FBK/Nawalny Team)**

acf.

- **Anti-War Commitee**



- **Free Russia Forum**



- **Free Russia Foundation**



- ***Maxim Katz und seine Unterstützer***



Wer sind wir?

Wir sind eine russischsprachige, demokratisch orientierte Community in NRW.

2021 haben wir den Verein "Freies Russland NRW" gegründet, um gemeinsam für die Wiederherstellung der Demokratie, für den Frieden, die Freiheit und die Menschenrechte in der Russischen Föderation einzutreten und somit, mit allen uns in Deutschland verfügbaren Mitteln einen politischen Wandel in Russland herbeizuführen.

Unsere Ziele:

- **Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Russland.**
- **Sieg für die Ukraine**
- **Frieden in Europa**



**FREIES
RUSSLAND
NRW**

Was wollen wir?

- **Russland als ein wohlhabendes und demokratisches Land, frei von Korruption und Willkür.**
- **Ein gleichberechtigter Partner in der Weltgemeinschaft, kein Schurkenstaat.**
- **Wir sollten stolz auf unser Heimatland sein und nicht uns dafür schämen.**



Wofür kämpfen wir?

- **Das Ende von Putins Regime**
- **Post-imperialer Transit**
- **Rechtsstaatlichkeit**
- **Recht und Gerechtigkeit**
- **Menschenwürde und Menschenrechte**
- **Pressefreiheit**
- **FRIEDEN mit der Ukraine**



Wir sind in Deutschland, aber uns allen liegt das Schicksal Russlands am Herzen...

Was unternehmen wir in Deutschland dafür?

Wir organisieren Kundgebungen, Mahnwachen, Aufmärsche, Straßenausstellungen, Performances, Flashmobs und Proteste in verschiedenen Städten in NRW (Bonn, Düsseldorf, Köln und Essen) und Berlin.

Bis heute gibt es fast 40 davon!

Wir nehmen an Kundgebungen teil, die von den anderen zivilgesellschaftlichen und politischen Organisationen sowie der ukrainischen Diaspora organisiert werden.



Was unternehmen wir in Deutschland dafür?

Bekämpfung der Propaganda und Aufklärung

- Informationskampagnen und Sensibilisierung
- Entwicklung von kritischem Denken
- Aufklärung und Bildung



Was unternehmen wir in Deutschland dafür?

Konsolidierung

Schaffung einer Plattform für die Interaktion der russischsprachigen Bevölkerung in Deutschland, die demokratische Ansichten teilt. Zusammenschluss von Gleichgesinnten im NRW.



Was unternehmen wir in Deutschland dafür?

Wir bringen die russischsprachige Gemeinschaft zusammen

- Wir halten regelmäßig Online- und Offline-Sitzungen ab, um unsere Aktionen und Aktivitäten zu diskutieren und zu planen.
- Wir veranstalten Aktivistentreffen, bei denen sich die Teilnehmer kennen lernen, Erfahrungen austauschen und diskutieren.



Treffen mit prominenten Personen

**Wir bringen die
russischsprachige
Gemeinschaft zusammen**

Wir veranstalten Treffen mit
berühmten Persönlichkeiten aus
der Politik und Gesellschaft.



Geschichte, Integration, Information

Wir bringen die russischsprachige Gemeinschaft zusammen

- Wir lassen die Neuankömmlingen sich mit der Deutschen Geschichte und der zeitgenössischen Entwicklung vertraut zu machen .

Бонн
Экскурсия в музей истории

11 января, 16:45
Willy-Brandt-Allee 14
53113 Bonn

Последняя экскурсия в музей истории

18 февраля, 12:00
Behrensbau
Mannesmannufer 2
Düsseldorf

FREIES RUSSLAND NRW

FREIES RUSSLAND NRW

Was unternehmen wir in Deutschland dafür?

Wir unterstützen Menschenrechtsorganisationen und oppositionelle Strukturen

Bei vielen Treffen und Kundgebungen vergessen wir nicht die Menschen, die unrechtmäßig inhaftiert oder verurteilt wurden und schreiben ihnen Briefe und Postkarten.

Письмо политзаключенному



Was unternehmen wir in Deutschland dafür?



Unsere Kundgebungen und Demos

Was unternehmen wir in Deutschland dafür?



Unsere Kundgebungen und Demos

Was unternehmen wir in Deutschland dafür?



**Nawalnys Isolationshaft- Zelle in Berlin
und Düsseldorf zusammen mit FBK/acf**

Was unternehmen wir in Deutschland dafür?



**Ausstellungen „Gesichter des russischen Widerstandes“
in Düsseldorf und Köln**

Unsere Infostände und Streikposten

Was unternehmen wir in Deutschland dafür?



**Wir helfen
Ukrainern**



Was unternehmen wir in Deutschland dafür?



Wir machen Politkunst!

**FREIES
RUSSLAND
NRW**

Was unternehmen wir in Deutschland dafür?



Wir feiern miteinander

Vernetzung Deutschland

- Wir kommunizieren mit deutschen Politikern
- Wir etablieren und verstärken unsere Zusammenarbeit mit deutschen gesellschaftspolitischen Organisationen und Parteien.
- Wir laden Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker zu unseren Aktionen ein und suchen ihre Unterstützung



Vernetzung Deutschland

- Seit 2021 im Kontakt und Austausch mit inzwischen über 30 russischsprachigen pro-demokratischen Initiativen und Vereine in Deutschland
- Frühling 2024
Gründung eines Bundesverbandes
PARUS - Allianz russischsprachiger pro-demokratischer Initiativen



Medienarbeit

Wir erstellen ein öffentliches Profil

- Die Zeitungen schreiben über unsere Aktionen und unsere Arbeit und machen Fernsehberichte.
- Fast alle regionalen und einige überregionale Zeitungen berichten über die aufsehenerregendsten Aktionen.
- Wir kommentieren das aktuelle Geschehen in Radio und Fernsehen und bestimmen die Protestagenda in den sozialen Medien.



Medienarbeit

Wir informieren die deutsch- und russischsprachige Öffentlichkeit



> **1300 Follower (RU)**

> **120 Follower (DE)**



> **1300 Follower (DE)**

> **500 Follower (RU)**



über 1000 Follower (EN)



YouTube



Weltweite Netzwerke

- **Free Russians Global** (>50 Organisationen)
- **Anti war Plattform** (>80 Organisationen)
- **? Demnächst** Antikriegskomitee Russlands



platforma



Weltweite Netzwerke

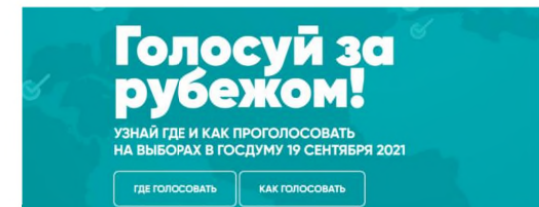
- **Petition zur Aberkennung der Legitimität Putins**
- **Weltweite Proteste zum Januar-März (inkl. Jahrestag des Krieges) unter dem Motto Russland ohne „Putin und Putinsmus“**
- **17 März „Mittag gegen Putin“**



Weltweite diasporale Zusammenarbeit

Unterstützte "Smart Voting" und die Kampagne "Wählt im Ausland!"

- Beobachtung der Wahlen in die russischen Staatsduma im September 2021 in sechs Wahllokalen im Generalkonsulat in Bonn
- die größte Anzahl von Wahllokalen an einem Ort außerhalb der Russischen Föderation.
- Fast 30 Personen nahmen als Beobachter, Organisatoren von Exit-Polls und Informationsunterstützer für die SV teil.



Weltweite Aktionen und Vernetzung

Wir unterstützen “Freedom Birds for Ukraine” - eine ukrainisch-russische Spendeninitiative!

- 13,260\$ in einem Monat gesammelt
- “Russian America for Democracy in Russia” zusammen mit “Help Ukraine HUB”
- FR NRW erste Initiative außerhalb der USA



Weltweite Aktionen und Vernetzung

Wir unterstützen “Wärme für Ukraine” - eine weltweite-russische Spendeninitiative!

- 500 000 Euro in zwei Monaten gesammelt
- Initiiert von russischen Exil-Kommunalpolitikern
- FR NRW hat fast €25.000 gesammelt



„Feinde“ Putins Russlands

Anerkennung für Freies Russland NRW als unerwünschte Organisation

Das russische Justizministerium hat FR NRW am 21.01.2024 in die Liste ausländischer und internationaler NROs aufgenommen, deren Aktivitäten in Russland als unerwünscht eingestuft wurden.

**Wir sind eine von 142
Stand 20.02. 2024**



„Feinde“ Putins Russlands

European Platform for Democratic Elections		13.03.2018
Zentrum Liberale Moderne		02.06.2021
Forum russischsprachiger Europäer		02.06.2021
Austausch		02.06.2021
Heinrich-Böll-Stiftung		20.05.2022
Dekabristen		12.10.2022
Transparency International		03.03.2023
Solidarus		15.03.2023
EU—Russia Civil Society Forum		10.04.2023
UnKremlin		01.09.2023
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien		12.09.2023
Wachturm Gesellschaft der Zeugen Jehovas		12.10.2023
Akademisches Netzwerk Osteuropa		14.11.2023
Freies Russland Berlin		26.12.2023
Freies Russland NRW	26.01.2024	26.12.2023
Russian Election Monitor		19.01.2024

Weitere Pläne für 2024

**Diskussions- und Vorlesungsreihe:
Die Zukunft gestalten: Russlands
Weg zurück zur Demokratie,,**

12 Events vom Mai bis Dez. 2024



Weitere Pläne

Ca. 2 Mio. Russen haben das Land seit dem 24.02.2022 verlassen

- Unterstützung von neuen Flüchtlingen aus Russland in NRW ausbauen
- Soziale und berufliche Integration fördern
- Das intellektuelle Potenzial retten

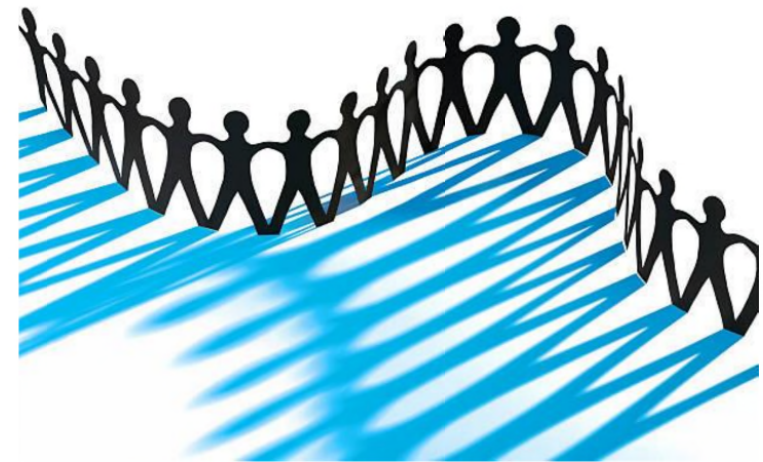


Weitere Pläne

Selbst in Deutschland: viel zu tun

Nach einigen Angaben gibt es im NRW über 750.000 russischsprachige Menschen, in Deutschland zwischen 2,5 und 3 Millionen.

Unterstützung bei der Schaffung einer Deutschlands- und Europaweiten demokratischen Plattformen



Weitere Pläne

Zukunft?

- Digitale Wahlen in der Diaspora um die Volksvertretung zumindest teilweise zu ermöglichen
- Demokratische Prozeduren üben
- Grenzüberschreitende Bildungsangebote entwickeln



Freies Russland NRW e.V.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Gemeinsam

Für
ein
freies
Russland



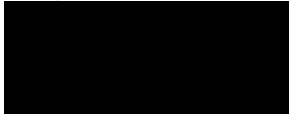
www.freierusslandnrw.de



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Europa und Internationales
Stefan Engstfeld, MdL

- per E-Mail -



INGE BLASK, MdL
Sprecherin für Europa &
Internationales

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211.884-2510

E-Mail:

inge.blask@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

13. Februar 2024

**Beantragung von Tagesordnungspunkten für die Sitzung
am 23. Februar 2024**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgende
Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Ausschusses für Europa und
Internationales am 23. Februar 2024:

TOP 1 – Europaministerkonferenz am 13./14. März 2024

Am 13. und 14. März 2024 werden in Lübeck die Europaministerinnen und
Europaminister der Länder für eine Sitzung der Europaministerkonferenz
zusammen kommen.

- Welche Schwerpunkte werden auf der nächsten
Europaministerkonferenz diskutiert werden und welche Standpunkte
nimmt die Landesregierung hierzu ein?
- Wird die Landesregierung Initiativen einbringen? Wenn ja, welche?

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



TOP 2 – 10. Gipfeltreffen der Regionen und Städte in Mons, 18./19. März 2024

Am 18. und 19. März 2024 findet im belgischen Mons das 10. Europäische Gipfeltreffen der Regionen und Städte statt. Der Ausschuss der Regionen, die wallonische Region und der belgische EU-Ratsvorsitz laden hierzu ein.

- Wer wird für die Landesregierung am 10. Gipfeltreffen der Regionen und Städte in Mons teilnehmen?
- Welche Themen und Positionen sind für die Landesregierung prioritär?
- Hat die Landesregierung zur Teilnahme am Gipfeltreffen der Regionen und Städte auf kommunaler Ebene wie auf Landkreisebene aufgerufen? Wenn ja, auf welchem Wege?
- Hat die Landesregierung Kenntnis davon, wie viele und welche Kommunen und Landkreise sich an dem anstehenden Gipfeltreffen beteiligen werden? Wenn ja, listen Sie diese bitte auf.
- Wie intensiv bringen sich nordrheinwestfälische Kommunen und Landkreise bei diesen Gipfeltreffen im Verhältnis zu anderen Regionen der Mitgliedsstaaten ein?

TOP 3 – Ausschuss der Regionen

Staatssekretär Dr. Mark Speich ist Berichterstatter für eine Initiative zur aktiven Subsidiarität im Ausschuss der Regionen. Die Meinung des Ausschusses der Regionen wird im CIVEX im April 2024 und im AdR-Plenum im Juni 2024 erwartet.

- Welche Haltung und welchen Reformbedarf sieht die Landesregierung im Sinne einer bestmöglichen Durchsetzung der aktiven Subsidiarität auf der europäischen Ebene?
- Welchen Beitrag kann Nordrhein-Westfalen leisten, um die Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips und damit aktive Subsidiarität auf allen Ebenen sicherzustellen?



TOP 4 – Rolle der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in den zukünftigen entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung

Im Haushaltsplan 2024 wurden die Mittel für die Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, die Zuschüsse zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit sowie die Mittel für das Promotorinnen- und Promotorenprogramm der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Nordrhein-Westfalen gekürzt. Im Koalitionsvertrag findet sich jedoch für letzteren Haushaltstitel, dass die Landesregierung die „Finanzierung für das Programm sichern und ausweiten“ möchte.

- Welche Rolle nehmen die kommunale Entwicklungszusammenarbeit und die entwicklungspolitische Bildungsarbeit in den zukünftigen entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung ein?
- Welche Perspektive haben die kommunale Entwicklungszusammenarbeit und die entwicklungspolitische Bildungsarbeit in den Überlegungen der Landesregierung?
- Rückt die Landesregierung von ihrem Plan, die Finanzierung des Promotorinnen- und Promotorenprogramm der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit zu sichern und auszuweiten, ab?
- Plant die Landesregierung die Haushaltstitel für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit und die entwicklungspolitische Bildungsarbeit in der Zukunft wieder aufzustocken?

Wir bitten die Landesregierung um jeweils einen schriftlichen Bericht sowie die Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Blask MdL

**Freie
Demokraten**Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

[FDP-Landtagsfraktion NRW](#) | [Platz des Landtags 1](#) | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Europa und Internationales
Herrn Stefan Engstfeld MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Dr. Werner Pfeil

Mitglied des Landtags NRW
Vorsitzender des
Rechtsausschusses

Sprecher im Rechtsausschuss
Sprecher für Europa und
Internationales
Sprecher im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
„Hochwasserkatastrophe“

19.12.2023

**Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für
Europa und Internationales am 12. Januar 2024**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 12. Januar 2024
bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der
Landesregierung zum Thema:

Folgen der EU-UK-Vereinbarung zu Horizont Europa für Nordrhein-Westfalen

Die Europäische Union (EU) und das Vereinigte Königreich (UK) vertiefen, wie mit dem EU-UK-Abkommen beschlossen, ihre Zusammenarbeit im Forschungsbereich. Mit Beginn des Jahres 2024 ist UK Teil des Programms "Horizont Europa". Darauf haben sich beide Seiten in einem Ausschuss Anfang Dezember geeinigt. Dadurch haben Forschende aus UK den gleichen Zugang zu dem Programm wie ihre Kolleginnen und Kollegen aus der EU. Das Vereinigte Königreich wird in den nächsten Jahren circa 2,5 Milliarden Euro pro Jahr für seine Teilnahme an Horizont Europa und Copernicus in den EU-Haushalt einzahlen.¹

**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen**

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon 0211 884 4410
werner.pfeil@landtag.nrw.de
www.wpfeil.de

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Ist ein Studentenaustausch durch die Vereinbarung einfacher?



@FDPfraktionNRW



/FDPfraktionNRW



fdpif_nrw



FDPfraktionNRW

¹https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_23_6327, letzter Zugriff: 19.12.2023

**Freie
Demokraten**

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

- Ist eine Zusammenarbeit der Institute an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen mit Partneruniversitäten im Vereinigten Königreich dann einfacher?
- Fallen Visa-Anforderungen für Studenten und Doktoranden weg?
- Welche Änderungen ergeben sich durch die Teilnahme des Vereinigten Königreichs am Programm „Horizont Europa“ für die Hochschulen sowie Forscherinnen und Forscher in Nordrhein-Westfalen konkret in anderen Bereichen als in Fragen 1, 2 und 3 gestellt?
- Plant die Landesregierung in Folge dessen einen stärkeren Austausch im Bereich Forschung und Entwicklung zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Werner Pfeil